Bayerische Finanzgewerkschaft

Mitgliederzeitschrift der Bayerischen Finanzgewerkschaft

www.finanzgewerkschaft.de • www.bfg.by

1-2/2014

64. Jahrgang B 8589 E

bfg sieht dringenden Handlungsbedarf

EDV im Brennpunkt

Ein Raunen geht durch den Saal, mischt sich mit höhnischem Gelächter und vereinzelten Buhrufen. Soeben hat der Vertreter des Finanzministers, Amtschef Dr. Lazik, beim bfg-Gewerkschaftstag in Schweinfurt von einer nahezu 100 %-igen Verfügbarkeit der EDV gesprochen. Er zeigt sich sichtlich überrascht ob der eindeutig negativen Reaktion aus dem Plenum, steht damit jedoch weitgehend allein. Dabei kommt einem die Situation irgendwie bekannt vor …

Rückblick: Gewerkschaftstag der bfg 2008 in Ingolstadt. Der damalige Finanzminister Fahrenschon reagiert auf die Kritik an der Einstellungspolitik und der Personallage in der Finanzverwaltung und verweist auf die Entlastung durch die EDV. Gellende Pfiffe aus dem Plenum sind die Folge. Der Minister ist fast schockiert und lässt sich in der Folge von der bfg darüber aufklären, dass die EDV bestenfalls weitere Zusatzbelastungen abgefangen hat, der Weg zu einer echten Entlastung aber noch weit ist. So weit, dass der Satz auch 5 Jahre später nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt hat. Leider. Und diese Tatsache wurde nun dem neuen Amtschef zum Verhängnis.

Verfügbarkeit des Rechenzentrums über 95 % hilft wenig

Gemeint hat Dr. Lazik die Verfügbarkeit unseres Rechenzentrums Nord, die in der Tat 2013 jenseits der 95 %-Marke gelegen hat. Mit der Erreichbarkeit der bundesweiten Datenbanken und Verfahren sieht es dagegen leider bei weitem nicht so gut aus. Und hier liegt das Problem. Warum die Technik nämlich nicht funktioniert und wer dafür verantwortlich ist, ist dem Nutzer herzlich egal. Die Verfügbarkeit des Rechenzentrums ist für ihn bestenfalls eine Randnotiz. Es vergeht ja kaum eine Woche ohne mehrstündigen Ausfall einer für die Arbeit wesentlichen Anwendung. Dann sitzt man herum, Berge an Erklärungen im Rücken, Zielwerte vor der Brust, kein Personal und die Technik funktioniert nicht. Das zehrt an den strapazierten Nerven und da klingen dann 100 % Verfügbarkeit wie blanker Hohn in den Ohren.

Doch weder auf die Leistungen (oder Fehlleistungen) des Providers, noch auf die bundesweiten Datenbanken und ihre Schnittstellen hat die Finanz-

Fortsetzung Seite 2

„Wir hinken EDV-technisch nicht hinterher“
Vizepräsident Paul König in einem ausführlichen Gespräch über die EDV.
S. 6

Ein BP-Stellenleiter im Landtag
MdL Wolfgang Fackler trifft bfg-Vorsitzenden Wipijewski.
S. 14

Antrittsbesuche
Gerhard Wipijewski spricht mit Staatssekretär Hintersberger und den Präsidenten Jüptner und Herzog.
S. 18 und 19

verwaltung in Bayern direkten Zugriff. Dort, wo man verantwortlich ist, nämlich beim Rechenzentrum Nord, sind die Werte sehr gut. Das wollte uns das Finanzministerium in Schweinfurt vermutlich wissen lassen und das stimmt ja auch. Doch was hilft es, wenn ich als Nutzer trotzdem nicht arbeiten kann?

bfg-Gewerkschaftstag fasst Entschließung

Weil das viel zu häufig so ist, hat der bfg-Landesvorstand beim Gewerkschaftstag eine Entschließung zur EDV-Situation zur Abstimmung gestellt. Sie wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Überschrieben ist sie mit der Feststellung „Ohne EDV geht gar nichts!". Damit stellt die bfg klar, dass es nicht um einen Kreuzzug gegen den Fortschritt geht und man nicht den ewig Gestrigen das Wort reden will, die so weiter arbeiten möchten wie sie es vor 30 Jahren gelernt haben. Das ist kein gangbarer Weg. Wir brauchen die EDV. Sie zu verteufeln führt nicht weiter. Aber sie muss funktionieren! Denn wir können nicht mehr zurück. Wir sind mittlerweile vollständig abhängig von den elektronischen Verfahren. Funktionieren sie nicht, funktioniert das Amt nicht. Kein Bescheid, kein Schreiben, keine Auskunft, nichts mehr! Wir sind dann quasi blind, wie der Autofahrer, der sich seinem Navi anvertraut, ohne noch aus dem Fenster schauen zu können. Wenn man das aber weiß, muss man sein Navi auf Top-Niveau bringen und halten, sonst fährt man in den Graben. Und genau hier hakt es.

Die bfg fordert daher in der Entschließung unter anderem

- die Personalausstattung im Landesamt für Steuern für die Entwicklung und Pflege der EDV zu verbessern, ohne dass dies aber zu Lasten der Finanzämter gehen darf,
- die Rechnerkapazitäten auszubauen,
- bei der Anschaffung von Hardware Zuverlässigkeit und Funktionalität den Vorrang vor dem Preis einzuräumen,
- neue Programme - insbesondere KONSENS-Produkte - erst dann in der Fläche einzusetzen, wenn die Kompatibilität zu unseren anderen Systemen sichergestellt ist.

Ein eigenes Kapitel ist dem Risikomanagement (RMS) gewidmet. Das Zeugnis, dass die bfg diesem Instrument in der Entschließung ausstellt, ist kein Ruhmesblatt. Das wesentliche Ziel, nämlich eine Entlastung herbeizuführen, sei - zumindest bisher - weitgehend verfehlt worden. Der Risikofilter werfe mehr Fälle als prüfungswürdig aus, als das vorher bei der eigenverantwortlichen personellen „Auswahl" nach Erfahrungsgesichtspunkten der Fall war. Die Folge ist in weiten Bereichen eine Arbeitsverdichtung, statt der angestrebten und versprochenen Arbeitsentlastung. So bringt das nichts! Das saubere Abarbeiten der ausgeworfenen Prüf- und Risikohinweise muss realistisch möglich sein! Mehr als 50 % verkraftet unsere Personalsituation nicht. Wir liegen aber weit darüber. In der Praxis heißt das, dass wieder am Schreibtisch personell zu selektieren ist, was man genauer anschaut und was nicht. So weit waren wir vorher auch schon. Wenn man sich den enormen Aufwand für den Aufbau der für das RMS benötigten Datenbestände vor Augen führt, ist das Ergebnis - zumindest bisher - äußerst ernüchternd. Wo ist nun anzusetzen?

Wenn Zielvorstellungen und Istzustand auseinanderlaufen, spricht man gewöhnlich von einem Problem. Und dieses Problem betrifft den gesamten Bereich der EDV in der Finanzverwaltung. Nun wissen wir, was wir wollen und was wir auch brauchen. Doch wo muss man ansetzen, um echte Verbesserungen zu erreichen? Um hier Licht ins Dunkel zu bringen führte die bfg ein ausgiebiges Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Landesamts für Steuern und IuK-Chef Paul König, das Sie nachfolgend abgedruckt finden.

Über das Ziel besteht weithin Einigkeit: eine nachhaltige Verbesserung der Verfügbarkeit und der Anwendungen selbst, damit die Beschäftigten endlich eine echte Entlastung spüren und die bayerische Finanzverwaltung ihre knappen Ressourcen effektiver zur Geltung bringen kann. Und wenn der Finanzminister beim nächsten bfg-Gewerkschaftstag 2018 dann verdienten Applaus erhält, statt ausgepfiffen zu werden, wäre das doch auch nicht schlecht.

INHALT

S. 1 EDV im Brennpunkt

S. 4 Bericht aus dem HPR

S. 6 Gespräch mit Vizepräsidenten Paul König

S. 12 Dr. Voitl ist neuer Leiter der Personal- und Dienstrechtsabteilung

S. 14 Ein BP-Stellenleiter im Landtag

S. 16 Der Newsticker

S. 18 Gespräche mit Staatssekretär und Präsidenten

S. 20 Aus den Ortsverbänden

IMPRESSUM

Herausgeber:	bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de
Verantwortlich:	Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft
Redaktionsleiter:	Thomas Wagner
Redaktion:	Matthias Bauregger, Nicole Kittlaus, Johanna Markl, Christoph Werwein, Gerhard Wipijewski
Layout:	Thomas Wagner
Druck:	Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
Anzeigenverwaltung:	bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft" erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Ohne EDV geht gar nichts – und ohne Personal genauso!

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Beim Gewerkschaftstag im vergangenen November habe ich die EDV-Probleme der Finanzämter zu einem Schwerpunkt meiner Rede gemacht. Vor den versammelten Politikern und Verwaltungsvertretern wollte ich aufzeigen, wie sehr die verschiedenen EDV-Probleme unsere personell so angeschlagene Verwaltung noch weiter schwächen – und wie unseren Kolleginnen und Kollegen damit zugesetzt wird.

Seither ist eine Diskussion auf und zwischen verschiedenen Ebenen unserer Verwaltung in Gang gekommen. Ich hoffe, dass jetzt endlich die Probleme beim Namen genannt werden, wenn dazu dieser Tage ein Runder Tisch am Finanzministerium zusammenkommt.

Die bfg verkennt bei ihrer Kritik gerade nicht, dass die Anforderungen an die IT in den Finanzämtern zu den höchsten gehören, die man sich denken kann. Das Zusammenspiel zwischen Bürger und Verwaltung, zwischen Steuerrecht und Verwaltungsvollzug, zwischen Bundesdatenbanken, den IT-Produkten mehrerer Bundesländer und den verschiedenen Softwareversionen in allein in Bayern über 100 Dienststellen. - Nur wer dies nicht erkennt, wer dies für gering schätzt, kann glauben, dass immer mehr und immer noch schneller jederzeit möglich ist.

Wir brauchen daher dringend eine Konsolidierung unserer EDV-Situation. Die Herausforderungen durch immer neue Verfahren haben unsere Finanzämter angesichts der Unterbesetzung an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht.

Nicht Ohne sind auch die Belastungen, die der Boom an Selbstanzeigen den Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Bereichen der Finanzämter abverlangt. Allein in Bayern waren im vergangenen Jahr 4.000 Selbstanzeigen zu bearbeiten, die Mehrsteuern von 230 Millionen Euro gebracht haben.

Der Fall Alice Schwarzer hat die Diskussion um die Zukunft dieses Instruments, aber auch um die Personalausstattung der Finanzämter wieder angefacht.

Die Positionen der bfg hierzu haben wir in einer Pressemitteilung dargelegt und gegenüber den Fernsehmagazinen „Rundschau“ und „Kontrovers“ erläutert. Minister Söder hat in demselben Magazin die bfg-Positionen zu einer Verschärfung der Regeln für strafbefreiende Selbstanzeigen weitestgehend übernommen und verdeutlicht, dass Steuerhinterziehung eben kein Kavaliersdelikt sei. Leider hat er dabei auf die Frage nach der vom Rechnungshof beklagten Personalnot diese Kritik für gleichsam erledigt erklärt und gemutmaßt der Rechnungshof sei sicherlich froh über die seither eingetretenen Verbesserungen, zu denen jetzt im Nachtragshaushalt noch einmal fast 175 Stellen hinzu kämen.

Über die Ankündigung der „fast 175“ Stellen bin ich froh, denn ich weiß wie schwierig es für Finanzminister Söder war und ist, ausnahmsweise in einem Nachtragshaushalt Personalmaßnahmen unterzubringen. Korrekterweise ist jedoch anzumerken, dass der Oberste Rechnungshof auch in seinem Jahresbericht 2013 nichts von seiner Kritik an der Personalausstattung zurückgenommen hat und gegenüber dem Haushaltsausschuss noch vor einem Jahr die Verbesserungen im Doppelhaushalt 2013/2014 als unzureichend bezeichnet hat.

Seither sind keine Stellen mehr dazugekommen. Zum 1.7.2014 werden zudem über 320 Stellen wegen der KFZ-Steuerbearbeitung durch den Bund eingezogen; ein Verlust, der durch die jetzt von Minister Söder genannte Zahl leider nicht ausgeglichen würde.

Ich appelliere deshalb an Staatsregierung und Landtag hier noch nachzulegen.

Denn nur so kann sich der Verfolgungsdruck auf Steuerhinterzieher erhöhen und die Arbeitssituation im Innendienst verbessern!

- Denn ohne Personal geht auch nichts!

BERICHT AUS DEM HPR

VON FLORIAN KÖBLER

Neue Auswahl- und Beförderungsgrundsätze und Beurteilungsrichtlinien

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wurde im Mai 2013 Art. 16 des Leistungslaufbahngesetzes (LlbG) geändert. Demnach ist bei einer Auswahlentscheidung bzw. einer Beförderung eine sogenannte Binnendifferenzierung durchzuführen, wenn sich zwischen zwei oder mehreren Bewerbern im Gesamturteil kein Unterschied ergibt. Diese Binnendifferenzierung beschränkt sich auf die sogenannten „wesentlichen Beurteilungskriterien" (Superkriterien).

Um der neuen Gesetzeslage und Tendenzen in der Rechtsprechung genüge zu tun, hat das StMFLH entschieden, die Auswahl- und Beförderungsgrundsätze sowie die Beurteilungsrichtlinien anzupassen. Entsprechende Entwürfe wurden in den letzten Monaten mit dem HPR erörtert.

Demnach sollen bei Planstellen- und Dienstpostenkonkurrenz zukünftig diese Kriterien in folgender Reihenfolge entscheiden:

1. Gesamturteil der aktuellen Beurteilung,
2. Durchschnitt der Einzelpunkte der wesentlichen Beurteilungskriterien der aktuellen Beurteilung (Binnendifferenzierung),
3. Gesamturteil der periodischen Vorbeurteilung,
4. Durchschnitt der Einzelpunktwerte der wesentlichen Beurteilungskriterien der periodischen Vorbeurteilung,
5. Gesamturteil der vorangegangenen periodischen Vorbeurteilung,
6. Durchschnitt der Einzelpunktwerte der wesentlichen Beurteilungskriterien der vorangegangenen periodischen Vorbeurteilung,
7. Bei Beamten oder Beamtinnen, die in der zweiten oder dritten Qualifikationsebene eingestiegen sind, oder die die Ausbildungsqualifizierung erfolgreich abgeschlossen haben, die Note in einer vergleichbaren Qualifikationsprüfung, sofern diese nicht länger als zehn Jahre zurückliegt,
8. Rangdienstalter,
9. Allgemeiner Dienstzeitbeginn (Art. 15 Abs. 1 Satz 1 LlbG).

Das jeweils nächstgenannte Kriterium kommt wie bisher nur zur Anwendung, wenn auf Grund der vorhergehenden keine Differenzierung möglich ist. Bei der Binnendifferenzierung wird der Durchschnitt der Einzelpunktwerte auf zwei Dezimalen nach dem Komma gerundet.

Der HPR konnte eine Übergangsvorschrift erreichen, nach der die Binnendifferenzierung bei Vorbeurteilungen erstmals auf Beurteilungen Anwendung findet, deren Beurteilungsstichtag nach dem 1. Januar 2013 liegt.

Daneben hat das StMFLH im vorgelegten Entwurf versucht Art. 21 LlbG Rechnung zu tragen. In diesem heißt es, schwerbehinderten Menschen sei bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung Vorrang einzuräumen. In mehreren Gesprächen und Erörterungen hat man versucht zu definieren, was unter dem Begriff „im Wesentlichen gleich" zu verstehen sei. Im aktuellen Entwurf versucht das StMFLH, die gesetzgeberische Vorgabe dadurch umzusetzen, dass man im Rahmen der Auswahlentscheidung den Durchschnitt der Einzelpunkte der wesentlichen Beurteilungskriterien (Binnendifferenzierung) der schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten um einen Punkt erhöht. Als schwerbehindert gelten Kolleginnen und Kollegen mit einem GdB ab 50.

Eine weitere wesentliche Neuerung betrifft Auswahlentscheidungen, denen Beurteilungen zugrunde liegen, die in unterschiedlichen Statusämtern erstellt wurden. Bei den bisherigen Auswahl- und Beförderungsgrundsätzen wurde stets dem im höheren Statusamt Beurteilten Vorrang eingeräumt. Nun soll, auch aufgrund der Rechtsprechung des BVerwG grundsätzlich ein einzelfallbezogener Vergleich durchgeführt werden. Im Ranglistenverfahren soll aber die Ver-

gleichbarkeit dadurch hergestellt werden, dass der Beurteilung des im höheren Statusamt Beurteilten sowohl im Gesamturteil als auch bei den sogenannten Superkriterien jeweils ein Punkt hinzugerechnet wird. Der HPR hält diese „Plus 1-Regelung" für äußerst problematisch, da in der Praxis der Unterschied im Gesamturteil zwischen dem, der früher befördert worden ist und deshalb schon eine Beurteilung im höheren Amt hat, und demjenigen, der dies noch nicht hat, dafür aber eine weitere Beurteilung im niedrigeren Amt, oftmals auch 3 oder gar 4 Punkte beträgt. Es würde daher regelmäßig zum „Überholen" desjenigen kommen, der früher in das aktuelle Amt gekommen ist; insbesondere auch dadurch, dass diese Regelung nach dem Entwurf auch für die Berücksichtigung von Vorbeurteilungen gelten soll. Das Inkrafttreten der neuen Auswahl- und Beförderungsgrundsätze ist aus verschiedenen Gründen noch nicht absehbar.

Dienstvereinbarung zu Trennungsgeld beschlossen

Wie bereits berichtet wird die Bearbeitung der Trennungsgeldabrechnungen auf ein SAP-basiertes System umgestellt. Bisher wurden die Trennungsgeldbescheide händisch ausgerechnet und erstellt. Das neue Verfahren soll zur Rechtssicherheit und besseren Nachvollziehbarkeit beitragen. Eine Arbeitsentlastung der Beschäftigten wird dagegen nicht erwartet. Das neue Verfahren bringt daher keine personellen Konsequenzen mit sich. Um sowohl für die Trennungsgeldbearbeiter, als auch für die Trennungsgeldempfänger den Schutz der personenbezogenen Daten sicherzustellen, hat der HPR nun eine Dienstvereinbarung mit dem StMFLH abgeschlossen. Eine unzulässige Arbeitsüberwachung der Trennungsgeldbearbeiter ist ebenfalls ausgeschlossen.

Dienstpostenbewertung in den Finanzämtern

Nachdem bereits im Jahr 2011 die Arbeitsgruppe „Überarbeitung der Dienstpostenbewertungen in den Finanzämtern" installiert worden war, sind dem HPR nun die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe übermittelt worden.

Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, die Dienstposten in den Finanzämtern zu analysieren und zu bewerten. An den Sitzungen der Arbeitsgruppe nahmen neben Beschäftigten des StMFLH, des LfSt, der Finanzämter, der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung auch regelmäßig ein Vertreter des HPR teil. Nachdem der HPR mehrfach die lange Zeitdauer der Arbeitsgruppe kritisiert hatte, wurden nun im Spätherbst je zwei Klausurtagungen durchgeführt und die Reihung von 99 Dienstposten konnte abgeschlossen werden. Aufgrund seiner Größe und der damit verbundenen Besonderheiten wurde das Finanzamt München von der Bewertung ausgenommen.

Die Bewertung der Dienstposten erfolgte mittels eines in der Arbeitsgruppe mehrheitlich beschlossenen Kriterienkatalogs. In der Folge wurde jeder Dienstposten in diesen Bewertungsbogen durch Mehrheitsbeschlüsse eingeordnet. Die gefundenen Ergebnisse weichen zur bisherigen Rangfolge der Dienstposten zum Teil gravierend ab. Allerdings sind die Abstände zwischen den Dienstposten oft sehr gering. Vor diesem Hintergrund hat der damalige Abteilungsleiter Hüllmantel dem HPR zugesichert, dass aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppe keine weiteren Konsequenzen gezogen werden. Die gefundenen Ergebnisse würden lediglich als eine von mehreren Grundlagen für die Einordnung von künftig neu entstehenden Dienstposten herangezogen. In Einzelfällen könne die Dienstpostenbewertung überprüft werden. Der HPR begrüßt diesen Schritt ausdrücklich und wird sich mit dem gefundenen Ergebnis in den nächsten Sitzungen weiter auseinandersetzen.

Pilotprojekte Neuorganisation Körperschaftssteuerstellen

Seit einigen Jahren werden zwei Modelle für eine Neuorganisation der Körperschaftssteuerstellen an ausgewählten Finanzämtern pilotiert („Firmenstelle-VVU" und „veranlagungsspezifische Betriebsgrößenklasse-OVB"). Ende November wurde der HPR darüber informiert, dass an den beiden pilotierten Modellen nicht weiter festgehalten werde. Mittlerweile hat der HPR zu diesem Thema eine Erörterung mit dem zuständigen Referat geführt. Grund für die Beendigung der Pilotierung sei der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung. In diesem werde für die Körperschaftsteuererklärung langfristig eine sogenannte Selbstveranlagung als Ziel ausgegeben. Mittlerweile sei hierzu auch bereits eine Bund-Länder Arbeitsgruppe installiert worden. Vor diesem Hintergrund eine flächendeckende Umstellung der Körperschaftsteuerstellen durchzuführen, erscheine daher als nicht zielführend. Den derzeit mit der Pilotierung betrauten Ämtern werde es freigestellt, ob sie das erprobte Modell fortführen oder wieder auf das alte Modell umstellen möchten. Auch eine Zwischenlösung sei im Einzelfall denkbar. Beim Modell der Firmenstelle (VVU) soll jedoch der enorme Aufwand für Bearbeiter und die betroffenen Körperschaften in Betracht gezogen werden (Steuernummernumstellung etc.). Die Entscheidung, wie an den Pilotämtern weiter verfahren werde, soll die Amtsleitung im Konsens mit der Personalvertretung fällen.

KONSENS in der Finanzverwaltung

Zum Thema KONSENS in der Finanzverwaltung konnte der Hauptpersonalrat ebenfalls eine ausführliche Erörterung führen. Bayern gehört bekanntlich zu den 5 Steuerungsländer. Im Jahr 2014 steht bundesweit ein Etat von 94,83 Mio. Euro zur Verfügung. In Bayern sind mit dem Projekt 173 Vollzeitarbeitskräfte betraut.

Im Jahr 2014 sind in den Finanzämtern vor allem Belastungen im Zuge der Vorarbeiten für die Einführung von GINSTER (neuer Grundinformationsdienst) zu erwarten. Auch das Verfahren StundE wird in den Stundungsstellen eingeführt. Der HPR kritisierte, dass es bei der Einführung von neuen KONSENS Produkten immer wieder zu technischen Problemen komme. Das StMFLH erläuterte, es komme zu Problemen beim Roll-Out der Verfahren meistens dann, wenn im Gegensatz zum Testbetrieb schon neuere Versionen der übrigen Programme installiert seien. Man versuche derzeit aber die Testcenter zu optimieren. Weiter forderte der HPR bei der Festlegung von Priorisierungen einbezogen zu werden. Dies sicherte das StMFLH zu. Zudem wolle man den HPR regelmäßig und zeitnah über die aktuellen Entwicklungen informieren.

„Wir hinken EDV-technisch nicht hinterher"

Gespräch mit dem Leiter der IuK Paul König

bfg: Herr König, die gesamte Gesellschaft befindet sich in einem gewaltigen Umbruch weg vom Papier, hin zur Elektronik, der zunehmend an Tempo gewinnt. Die Verwaltung kann sich dem nicht entziehen. Anfang Januar haben der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl und der bayerische Finanzminister Markus Söder weitere Schritte bei der Digitalisierung der Steuererklärungen angekündigt. Dennoch - wenn man sich ansieht, dass der Speicherplatz in UNIFA noch immer eng begrenzt ist, dass in UNIFA E-Mail-Anhänge noch immer nur im pdf-Format verschickt werden können und dass eigentlich im System vorhandene Daten immer noch mühsam händisch eingepflegt werden müssen, stellt sich schon die Frage, ob die Steuerverwaltung wirklich gut gerüstet ist. Täuscht der Eindruck, dass wir EDV-technisch hinterher hinken?

König: Die bayerische Steuerverwaltung ist digital. Die Verfahren sind hochkomplex. Die Prozesse bundesweit vernetzt. Da bleiben Probleme nicht aus. Ohne EDV ginge aber gar nichts mehr. Auch wenn leider manchmal mit EDV auch nichts geht. Die digitale Welt der Steuerverwaltung besteht nicht mehr nur aus Datensichtgeräten, wenigen einfachen Programmen und einer Verbindung zum Technischen Finanzamt. Fast alle Arbeitsbereiche haben mittlerweile ihr eigenes Programm. Die Programme sind voneinander abhängig. Länderübergreifende Abfragen kommen hinzu. Die Datenverbindungen zwischen den Finanzämtern, unserem Rechenzentrum und den außerbayerischen Datenservern sind mittlerweile die Lebensadern der Steuerverwaltung. KONSENS-Dialog, unsere bayerische Software, läuft in 15 von 16 Ländern. ELSTER, ein bayerisches Produkt, bedient die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger. All dies zeigt: Wir hinken EDV-technisch nicht hinterher. Im Gegenteil. Doch noch ist nicht alles Gold, was glänzt. Probleme gibt es genug. Dass wir nicht alle E-Mail-Anhänge zulassen, sehe ich allerdings nicht als Problem. Das Steuergeheimnis ist für uns alle ein hohes Gut. In Zeiten von NSA und laut Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) 16 Mio. geknackten E-Mail Accounts versteht man mittlerweile auch als Laie, warum Steuerdaten und E-Mail nicht ohne weiteres zusammenpassen. Da wir wissen, dass doc- und xls-Dateien wahre Einfallstore für Hacker sind, haben wir u.a. UNIFA-Mail entwickelt. Entsprechende Restriktionen auf pdf etc. gibt es auch in vielen anderen Verwaltungen und großen Unternehmen.

bfg: Dazu kommt dann noch der große Aufwand für händische Pflege der Daten, z.B. bei den FND.

König: Ohne Zweifel ist dieser Aufwand groß. Aber er rechnet sich in den Folgejahren. Und ist für unser RMS unverzichtbar. Man muss natürlich einräumen, dass es auch bestimmte Daten gibt, die bereits elektronisch vorliegen, aber deren Richtigkeit noch überprüft werden muss. Hier dürfen wir aber aus rechtlichen Gründen (z.B. bei Differenzen im Eurobereich) auch nicht alles, was technisch vielleicht möglich wäre. Wir werden selbstverständlich weiter an Verbesserungen arbeiten, um für mehr Synergie im Finanzamt zu sorgen.

Apropos Dateneingabe: Ich will Wunsiedel erwähnen. Dort werden hochprofessionell Daten eingegeben und eingescannt. Eine echte Arbeitserleichterung, die bei den Veranlagungsämtern ankommt. Und auch ELSTER bringt unter dem Strich ein Plus: Alles, was elektronisch in der Steuerverwaltung ankommt, landet sofort in den zentralen Systemen und steht zur Verarbeitung bereit. Über 100 Millionen Erklärungen und Anmeldungen kommen jährlich elektronisch auf sicherem Weg in die Finanzämter und müssen nicht mehr händisch erfasst oder gescannt werden. Sie können selbst ausrechnen, wie viele Tage (Jahre?) an Arbeit hierdurch erspart bleiben, die heute für andere

Aufgaben genutzt werden können. Speicherplatz in den Finanzamtsservern ist hierfür nicht notwendig, weshalb mir ein Problem mit Speicherplatz aus technischen Gründen nicht bekannt ist.

bfg: Die Idee alle relevanten Daten bundesweit in Datenbanken zusammenzuführen, wo sie von den Finanzämtern abgegriffen werden können, erscheint auf den ersten Blick als der große Wurf. Berücksichtigt man dann aber, dass die 16 Bundesländer keine einheitliche Software verwenden und erst mühsam nach Schnittstellenlösungen gesucht werden musste und muss, fragt man sich schon, ob hier nicht der zweite Schritt vor dem ersten getan wurde. Wäre es nicht nötig erst die Programme zu harmonisieren, bevor man bundesweite Datenbanken aufbaut?

König: Diese Idee ist auch auf den zweiten Blick der große Wurf. Sie können von allen Ländern auch heute schon genutzt werden. Die Probleme sind, dank KONSENS, auch nicht mehr die Programme bzw. Verfahren, da in 15 Ländern und zu großen Teilen auch in NRW bundeseinheitliche Software zum Einsatz kommt.

bfg: Und was ist mit den alten und unterschiedlichen Datenbeständen?

König: Das ist tatsächlich ein Problem, das wir aber in den Bereichen Grundinformation, Erhebung und Festsetzung mit dem Einsatz von GINSTER, BIENE-Daten und ELFE-Daten lösen werden. Diese Datenbanken sind schon weit gediehen; mit ihrem Einsatz wird nach Datenmigration auch in diesem Bereich Einheitlichkeit herrschen.

bfg: Besteht überhaupt eine realistische Chance kurzfristig zu einer Harmonisierung zu gelangen? Das hätte ja auch ganz praktische Folgen, zum Beispiel bei Aktenabgaben über Ländergrenzen hinweg oder ESt-4B-Mitteilungen. Wie lange muss hier noch Papier gequält werden?

König: Die Harmonisierung der Programme ist schon weit fortgeschritten, da inzwischen 15 Länder in den Kernbereichen weitgehend die gleichen Programme einsetzen. Auch das 16. Land beginnt mit dem Einsatz einheitlicher Komponenten (UNIFA-Rahmen, UNIFA-Kapseln, vereinheitlichte Steuerfachprogramme).

Allerdings gibt es immer noch länderspezifische Abweichungen, die gesetzlich bedingt sind (z.B. unterschiedliches Kirchensteuerrecht), und organisatorische Unterschiede, die sich auf die Daten auswirken. Dies verhindert z.B. eine vollständig elektronische Aktenabgabe von einem Bundesland in ein anderes.

Gerade um die Belastungen bei der Aktenabgabe zu verringern, wurde Ende 2013 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die schnell zu realisierende (Teil-)Lösungen finden soll. Umfassend möglich werden solche Funktionen mit dem Einsatz einer einheitlichen Vorgangssteuerung. Damit ist jedoch leider nicht vor 2017 zu rechnen.

Natürlich liegt es auch nahe, dass der Wunsch nach der komfortablen und umfassenden Nutzung vorhandener elektronischer Daten besteht. Deshalb wird im Bereich der ESt-4B-Mitteilung derzeit konzeptionell an entsprechenden Funktionalitäten gearbeitet. Die fachlichen wie auch die technischen Herausforderungen sind dabei allerdings recht hoch, so dass auch hier nicht mit einer kurzfristigen Lösung gerechnet werden kann.

bfg: Die Beschäftigten sind auf die EDV nicht immer gut zu sprechen. Das hat vielerlei Gründe, auf die wir in der Folge noch näher eingehen wollen. Eine Frage aber vorneweg: Wie viele Verfahrensänderungen kann der durchschnittlich gute Bearbeiter in einem Jahr verkraften? Glauben Sie nicht, dass wir die Beschäftigten zuletzt massiv überfordert haben, vor allem mit so grundsätzlichen Umwälzungen wie ELStAM und EloSt in relativ kurzer Zeit? Wir sind ja alle keine 20 mehr!

König: Mir ist sehr wohl bewusst, dass es für die Bearbeiter derzeit viele Neuerungen im EDV-Umfeld gibt. Dies zeigt einerseits, dass die EDV nicht statisch ist und sich in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess befindet.

Paul König

ist Vizepräsident des Bayerischen Landesamts für Steuern und Leiter der Abteilung IuK.

Er wurde 1963 in München geboren. 1992 begann König seine Einweisungszeit beim FA Ebersberg, bevor er als Sachgebietsleiter dem FA München für Grundbesitz und Verkehrssteuern zugewiesen wurde. 1994 wechselte er zur damaligen OFD München, wo er erst als Hilfsreferent, später als Referatsleiter für den Bereich Automation federführend zuständig war. 2003 folgte König dem Ruf an das Finanzministerium. Auch dort blieb er der Automation treu, betreute daneben den Bereich Organisation. In seine Amtszeit fiel die Zusammenlegung der beiden Oberfinanzdirektionen zum Bayerischen Landesamt für Steuern.

Paul König ist verheiratet und hat zwei Töchter im Alter von 16 und 22 Jahren. Er wohnt in Neukeferloh im Landkreis München.

„Ich sehe es als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, mich für zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben einzusetzen."

Auf der anderen Seite bringt jede EDV-Änderung auch erst einmal einen gewissen Umstellungsaufwand für die Bearbeiter mit sich. Dass die Schlagzahl bei den Verfahrensänderungen derzeit sehr hoch ist, das stimmt. Wir stehen derzeit im Dialog mit mehreren Finanzämtern, um gemeinsam geeignete Lösungen zu finden, mit dieser Herausforderung in einer für die Bearbeiter akzeptablen Weise umzugehen.

bfg: Zusätzlicher Unmut entsteht natürlich, wenn die EDV, mit der man eh schon zu kämpfen hat, nicht oder nicht richtig funktioniert. Wir hatten auch im letzten Jahr zahlreiche Ausfälle von Anwendungen, zum Teil über Wochen hinweg. Wir denken hier zum Beispiel an das VoSystem im Frühjahr. Aber auch in der Veranlagung fallen immer wieder Datenbanken stundenweise aus. Gerade für den Publikumsverkehr ist das ein Desaster. Aber auch sonst ruht dann die Arbeit, weil eine Datenbank auf die andere aufbaut und sich die Fälle nicht abschließen lassen. Muss man damit leben? Was sind die Ursachen für diese ständigen Ausfälle?

König: Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, es wird irgendwann keine EDV-Ausfälle mehr geben. Die IT Welt wird immer komplexer, die jeweiligen Abhängigkeiten vielschichtiger. Dies eröffnet zwar zum einen die Möglichkeit, neue und umfassendere EDV-Lösungen anzubieten, zum anderen erhöht es aber auch die Anzahl möglicher Fehlerquellen. Dabei sind wir auch in zunehmendem Maße von Dritten abhängig. Das Entscheidende hierbei ist aber, offen zu bleiben für Innovationen zur Erleichterung bzw. Optimierung der Arbeit am Finanzamt. Und im Fehlerfall mit Hochdruck an der Problemlösung zu arbeiten und so für Abhilfe zu sorgen. Hierbei ist mir die Feststellung wichtig, dass sowohl unsere eigenen Leute als auch beteiligte Dritte sich dieser Verantwortung bewusst sind und mit großem Engagement und persönlichem Einsatz sich den täglichen Herausforderungen stellen. Dabei wird selbstverständlich darauf geachtet, Fehlerursachen zu erkennen und zu beseitigen, also mögliche Fehler von vorneherein zu vermeiden. Netzausfälle und technische Defekte werden sich aber leider nie ganz vermeiden lassen. Momentan betreiben wir viel Aufwand, um „Fehlerursachen" zu erforschen, die nicht rein technischer Art sind. Dabei wurde u.a. bereits festgestellt, dass die Bedienungshinweise und Schulungen intensiviert bzw. verbessert werden müssen, um den Umgang mit der steigenden Zahl neuer Anwendungen und deren Komplexität zu optimieren.

bfg: Die Erreichbarkeit des Rechenzentrums liegt bei über 95 %. Das ist unbestritten ein ausgezeichneter Wert. Für den Nutzer ist er aber nur bedingt relevant. Hier zählt allein, ob er arbeiten kann oder nicht. Wo das Problem dann anzusiedeln ist, ob beim Rechenzentrum oder sonst wo, ist für ihn uninteressant. Ist es vor diesem Hintergrund hilfreich diese 95 % immer wieder ungefiltert in die Welt zu tragen? Provoziert man damit nicht geradezu Widerspruch und Entrüstung?

König: Da haben Sie nicht ganz Unrecht. Wir erheben eine Vielzahl von Daten und Messgrößen, insbesondere für das interne Controlling. Hierbei liefern die technischen Daten wichtige Erkenntnisse für das Rechenzentrum; sie sind aber nicht uneingeschränkt geeignet, die tatsächliche Verfügbarkeit bzw. Nutzbarkeit der Programme darzustellen. Fällt eine zentrale Datenbank auch nur für eine Sekunde aus, so kann dies dazu führen, dass der vermeintlich abgeschlossene Fall am nächsten Tag als offener, unbearbeiteter Fall wieder auftaucht. Obwohl also eine technische Verfügbarkeit von nahe 99% gegeben war, ist es aus Nutzersicht der „worst case". Wie eben erwähnt untersuchen wir gerade diese Fallgruppen und arbeiten an Verbesserungsmöglichkeiten.

bfg: Die Beschäftigten im Rechenzentrum arbeiten am Limit. Die Überstundenberge steigen und steigen. Die Auftragslage lässt aber keine Entspannung erkennen. Mehr Personal ist nötig, aber kaum realistisch. Dafür ist die Personal- und Arbeitslage in den Finanzämtern zu katastrophal. Andererseits sind funktionierende Programme die Basis für ein vernünftiges Arbeiten vor Ort. Was muss geschehen?

König: In der Tat werden die Aufgaben immer mehr und ohne edv-technische Unterstützung geht im Finanzamt nichts mehr. Deshalb ist es ja auch so wichtig, bundesweit die vorhandenen Kapazitäten optimal zu nutzen, um arbeitsteilig im Rahmen von KONSENS die Aufgaben bewältigen zu können. Trotzdem wird die Arbeit in unserem IuK-Bereich immer mehr, weshalb die Mitarbeiterzahl in den letzten Jahren auch gewachsen ist. Hierbei muss man berücksichtigen, dass der IuK-Bereich in Bayern 18.000 Beschäftigte in der Steuerverwaltung und die IuK-Einheiten in den anderen Ländern 120.000 Beschäftigte in den dortigen Steuerverwaltungen bei ihrer täglichen Arbeit unter-

stützen. Ich sehe es deshalb als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, mich für zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben einzusetzen. Sie wissen, dass dies nicht immer einfach ist, zumal an vielen Stellen, insbesondere auch in den Finanzämtern, Personal benötigt wird.

bfg: Das wissen wir! Das ist unser gemeinsames Ziel: mehr Personal für Finanzämter und IuK! Wenn man die Politik auf das fehlende Personal in der Steuerverwaltung anspricht, bekommt man in der Regel zu hören, dass man verstärkt auf die EDV setzt. Glaubt man ernsthaft, dass es hier mit ein paar neuen Bildschirmen und Thin Clients getan ist?

König: Die EDV wird nie den Menschen ersetzen, aber es ist auch richtig, dass ohne entsprechenden EDV-Einsatz das Arbeiten nicht mehr vorstellbar ist. Deshalb ist es wichtig, eine optimale IT Unterstützung zu haben. Dabei geht es nicht nur um PC und Drucker oder Bildschirme, sondern um performante Systeme und moderne Verfahren. Unser Ziel ist hierbei aber nicht, fehlendes Personal zu ersetzen, sondern es dem vorhandenen zu ermöglichen, die tägliche Arbeit verrichten zu können. Ich denke, deshalb können wir froh sein, dass das hierfür notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird. Ziel muss es sein, möglichst viele Routinefälle vom Bearbeiter weg zu bringen und von der Maschine erledigen zu lassen. Das ist aber nicht nur eine technische Herausforderung.

„Die EDV wird nie den Menschen ersetzen, aber es ist auch richtig, dass ohne entsprechenden EDV-Einsatz das Arbeiten nicht mehr vorstellbar ist."

bfg: Auch hier können Sie auf die Unterstützung der bfg bauen! Entlastungspotenzial soll entscheidend aber auch durch das RMS realisiert werden. Sie selbst haben kürzlich gefordert, dass man dieses Entlastungsversprechen endlich einlösen müsse. Die bfg teilt Ihre Einschätzung, dass der Risikofilter derzeit viel zu

Arbeitskreis „IuK" tagt in Nürnberg

Was sind die Ursachen für die unbefriedigende Verfügbarkeit der EDV an den Finanzämtern? Das zu ergründen war eines der Themen des bfg-Arbeitskreises „IuK", der Mitte Januar in Nürnberg tagte. Die Vertreterinnen und Vertreter aus dem IuK-Bereich beklagten dabei den gewaltigen Arbeits- und Zeitdruck der Kolleginnen und Kollegen, der sich in hohen Überstundenbergen und massiven Krankheitsausfällen manifestiere. Die Personalnot ist sicher eine der wesentlichen Ursachen für Verzögerungen bei der Fehlerbereinigung. Um ansonsten eine saubere Problemanalyse zu erhalten, komme man nicht umhin die einzelnen Produktsparten Programme, Dienstleistungen, Datenbanken und Services für sich zu betrachten und die jeweiligen Ausfallzeiten zu ermitteln. Sobald dazu belastbare Ergebnisse vorliegen, können auch seitens der bfg konkrete Maßnahmen ergriffen werden.

Außerdem galt es die Gewerkschaftsposition für die künftige Organisation der Rechenzentren abzustimmen. Dass das geplante 3-Säulen-Modell für den Standort Nürnberg problematisch ist, wurde auch im Arbeitskreis nochmals bekräftigt. Aller gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz droht dem RZ-Nord ein Verlust an Aufgaben, was die bfg nicht widerspruchslos hinnehmen würde. Die weitere Entwicklung muss daher sehr aufmerksam verfolgt werden.

Es bestand Einigkeit, dass der Erfahrungsaustausch im Arbeitskreis wegen der brisanten EDV-Situation in der Steuerverwaltung weiter intensiviert werden muss.

Der Arbeitskreis „luk" der bfg; das sind: Gerhard Wipijewski, Christoph Werwein, Johann Bäumler, Monika Michaud, Robert Lindörfer, Jürgen Bickelein, Erwin Riedel.

engmaschig gestrickt ist, um eine spürbare Entlastung zu bringen. Aber die Abstimmung im KONSENS-Verbund scheint schwierig und langwierig zu sein, wie vieles in der EDV. Gibt es eine Möglichkeit den Prozess voranzubringen?

König: Ein RMS bringt nur dann eine Erleichterung, wenn tatsächlich Fälle vom Schreibtisch verschwinden. Eine moderne, effiziente Verwaltung erfordert hier m.E. ein gewisses Umdenken, gewissermaßen den Mut, sich auf moderne Systeme einzulassen. Das Problem ist hier nicht KONSENS, jedenfalls nicht die IT. Unter Umständen müssen hier auch gesetzliche Änderungen erfolgen. Derzeit gibt es zu diesem Thema eine Bundesarbeitsgruppe, in der Bayern mit guten Ideen und Strategien vertreten ist. Ich hoffe, dass man bald zu guten Ergebnissen kommen wird.

bfg: Ist es vielleicht gar ein Missverständnis zu glauben, der Sinn von EDV-Verfahren sei die Entlastung der Beschäftigten? Bringt EloSt denn eine Entlastung? Brachte ELStAM eine Entlastung? Oder die FnD? Wurde das Potenzial nicht stets durch eine Vielzahl von Prüfhinweisen aufgefressen, die durch die neuen Verknüpfungen erst ermöglicht wurden? Von dem gigantischen erstmaligen Eingabeaufwand einmal ganz zu schweigen. Ist vor diesem Hintergrund die Skepsis vor Ort nicht allzu verständlich?

König: Die Feststellung ist in vielen Bereichen richtig. Die neuen Möglichkeiten, die das elektronische Vorliegen vieler Daten bringen, werden auch immer mehr genutzt. Dies führt zu mehr Prüfungen und damit zunächst auch zu mehr Prüfhinweisen. Es ist nun unsere Aufgabe, gemeinsam mit dem Gesetzgeber, den Fachreferaten und der Organisation, die Regeln der elektronischen Prüfungen so einzustellen, dass nur noch die prüfungswürdigen Fälle personell zu bearbeiten sind. Dazu ist es aber unbedingt nötig, möglichst viele, qualitativ hochwertige Daten zur Verfügung zu haben. Nur dann können wir die Möglichkeiten der elektronischen Risikoprüfung und der vollmaschinellen Verarbeitung wirklich nutzen und die notwendige Entlastung ohne Steuerausfälle erreichen.

Durch die verschiedenen Datenübermittlungen und Verfahren wird der notwendige Datenbestand aufgebaut und geprüft. Dazu ist häufig das Wissen der Bearbeiter nötig, um die Richtigkeit der vorhandenen Daten eindeutig festzustellen.

Dies alles stellt vor Ort im Moment eine Mehrbelastung dar, wird aber auf Dauer zu einer Entlastung führen, wenn das Zusammenspiel zwischen Gesetzgebung, Organisation, Fachseite und Technik zu angemessenen Lösungen geführt hat.

bfg: Auch die bfg sieht letztlich keine Alternative zum immer weitergehenden Umstieg auf EDV-Verfahren. Man kann sich dem sicherlich nicht entziehen und es bringt ja auch neue Möglichkeiten mit sich. Die elektronische Akte zum Beispiel würde weite Bereiche des Finanzamts für die Telearbeit öffnen. Dennoch erscheint vieles in diesem Prozess als wenig geordnet. Die meisten Programme sind so sehr im Verzug, dass sie in das System gegeben werden, sobald sie fertig sind. Ohne erkennbare Abstimmung, was sonst noch so passiert und möglicherweise den gleichen Nutzerkreis trifft. Bräuchte es hier nicht eine bessere Koordination?

König: Ich freue mich über Ihr Bekenntnis zur EDV in der Steuerverwaltung – sie ist in der Tat alternativlos. Und ich bin mir sicher, dass wir auf dieser Grundüberzeugung aufbauend gemeinsam die Probleme lösen werden, die Sie in vielen Fragen angesprochen haben. Der neue Chef der großen Software-Schmiede Microsoft startet mit dem Motto: Nicht Tradition, sondern Innovation entscheidet. Das passt auch zu unserem Thema.

Aber nun zur Frage: Die Programmteile fügen sich in den Planungen zu einem Gesamtsystem zusammen. Dieses Gesamtsystem wird schrittweise realisiert. Wenn (nur) diese Teilbereiche in den Ämtern zum Einsatz gebracht werden, mag es manchmal den beschriebenen Anschein haben. Der Zeitpunkt des Einsatzes der Programme wird über das Anwenderreferat des Landesamtes eng mit der Organisation abgestimmt.

bfg: Vielfach wird kritisiert, dass Anwendungen nicht ausreichend getestet seien.

König: Wir nehmen das Thema „Testen" sehr ernst. Auf KONSENS-Ebene wurde deshalb eigens ein Testzentrum eingerichtet. Jede Software muss dort getestet sein, bevor die Freigabe erteilt wird. Die EDV-Landschaft schaut aber in jedem Land anders aus. Darüber hinaus bestehen

Das Gespräch mit Vizepräsidenten Paul König führten die stellvertretenden bfg-Vorsitzenden Christoph Werwein und Thomas Wagner.

Abhängigkeiten zu anderen Programmen. Selbst innerhalb eines Landes ist, z.B. wegen Sonderzuständigkeiten, nicht alles gleich. Deshalb testen wir auch innerhalb des Landes intensiv.
Zur Veranschaulichung möchte ich Ihnen die Verfahrensweise am Beispiel UNIFA (Hauptversion) näher erläutern. Bereits während der Programmerstellung erfolgen Entwicklertests. Zunächst findet ein Verfahrenstest statt, bei dem alle Komponenten für eine UNIFA-Version auf einem Testsystem installiert und von den Entwicklern im Zusammenwirken getestet werden. Danach wird die UNIFA-Version im Rahmen eines Systemtests im Zusammenspiel mit den anderen Anwendungen im Umfeld von den Entwicklern getestet. Nach der produktionstechnischen Abnahme durch das Testcenter erfolgt zunächst eine Pilotierung an wenigen Finanzämtern, währenddessen gemeldete Fehler - soweit möglich - schnell behoben werden. Um möglichst alle Konstellationen abzudecken, wird die Pilotierung danach auf mehr Ämter ausgedehnt.

bfg: Nun ist es in der EDV-Welt nicht unüblich den Nutzer testen zu lassen und die Version dann entsprechend den Rückmeldungen laufend zu verbessern. Nur im Echtbetrieb stellen sich eben gewisse kritische Konstellationen ein. Dann muss man schnellstens reagieren und Abhilfe mit einem kurzfristigen Update schaffen. Bei uns wartet man regelmäßig Wochen, ja oft Monate, auf die nächste Version und wenn man Pech hat, ist der Fehler dann immer noch nicht behoben. Das Fehlermanagement erscheint uns schon stark verbesserungswürdig.

König: Fehler, deren Ursache zunächst umfassend analysiert werden muss und deren Behebung programmtechnisch nicht ad hoc möglich ist, benötigen in der Entwicklung mehr Zeit. Die neuen Programmteile können dann nur wieder mit einer neuen UNIFA-Version aufgespielt werden, was – zugegebenermaßen – etwas dauern kann. Die Zeit für die Entwicklung und Qualitätssicherung ist in diesen Fällen aber notwendig, um zu verhindern, dass erneut fehlerhafte Programmteile ausgeliefert werden. Um die Bediensteten nicht mit zu häufigen Updates und Neuerungen zu überlasten, hat man sich darauf geeinigt, nur noch zwei UNIFA-Versionen pro Jahr zu verteilen. Echte Fehler werden aber, soweit nötig und möglich, sofort bereinigt.

bfg: Die Nutzung von E-Mail und Internet am Arbeitsplatz ist wegen Sicherheitsbedenken stark eingeschränkt. Andere Bundesländer sehen hier weniger Probleme. So erntet man dann ungläubiges Kopfschütteln, wenn man erklärt, dass in Bayern keine Excel-Tabellen verschickt werden können. Ist man hier zu ängstlich? Oder spart man an vernünftiger Virenschutzsoftware?

König: Unsere Virensoftware befindet sich natürlich immer auf dem aktuellsten Stand. Trotz Verwendung von Virensoftware verbleibt aber immer ein gewisses Restrisiko. Angesichts der Sensibilität von Steuerdaten halten wir uns deshalb eng an die Vorgaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

bfg: Herr König, vielen Dank für dieses aufschlussreiche Gespräch!

Personalrätetreffen zu KONSENS in Frankfurt

Die Vorsitzenden der Stufenvertretungen der 5 KONSENS-Entwicklerländer trafen sich in der OFD Frankfurt zum Erfahrungsaustausch und Abstimmung ihres weiteren Vorgehens.
Die anwesenden Personalräte aus Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachen und Nordrhein-Westfalen waren sich mit Bayerns HPR-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski darin einig, dass der Behebung erkannter Defizite bei eingeführten Programmen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Dafür müsse in Kauf genommen werden, dass sich Neueinführungen verzögerten. Insgesamt brauche es für den KONSENS-Prozess größere Ressourcen. Darunter dürften aber keinesfalls die übrigen IT-Aufgaben der beteiligten Länder leiden. Zusätzlicher Mittel bedürfe es vor allem für politische Prestige-Projekte, wie sie in vorausgefüllter Steuererklärung und Selbstveranlagung derzeit diskutiert werden. Ansonsten gingen diese notgedrungen zu Lasten anderer wichtiger Projekte. Da es bei der länderübergreifenden Entwicklung der KONSENS-Produkte keinen „zuständigen“ Personalrat gibt, wollen sich die Personalratsgremien der beteiligten Länder künftig verstärkt untereinander austauschen und im jeweiligen Entwicklerland eine prozessbegleitende Einbindung bei ihrer Verwaltung anstreben.

Das Treffen fand auf Einladung des Frankfurter Oberfinanzpräsidenten Mario Vittoria und seiner Finanzpräsidentin Martina Böhme im Präsidialtrakt des OFD-Hochhauses mit Blick auf die gegenüberliegende künftige EZB-Zentrale statt. In einem

Die HPR-Vorsitzenden der fünf Entwicklerländer (von links): Rainer Vollmer (NRW), Gerd Fleischhacker (Hessen), Gerhard Wipijewski, Andrea Gallasch (Ba-Wü), Veronika Deppe (Niedersachsen)

Meinungsaustausch lobten die beiden hessischen Spitzenbeamten den bayerischen Weg in der EDV und stellten im Hinblick auf immer wiederkehrende Kritik das Engagement Bayerns als vorbildlich heraus. Bayern habe in der EDV unheimlich viel geschultert, zunächst in den neuen Bundesländern, jetzt seit Jahren in KONSENS. Vittoria bezeichnete die Finanzämter-EDV als eines der komplexesten IT-Systeme überhaupt. Man müsse in der täglichen Arbeit davon wegkommen, alles prüfen zu wollen, was theoretisch möglich sei. Diese Kritik richte er weniger an die einzelnen Beschäftigten als an die Fachseite, die immer 100% wolle. Das sei aber nicht mehr möglich!

Wilhelm Hüllmantel in den Ruhestand getreten

Dr. Alexander Voitl neuer Leiter der Dienstrechts- und Personalabteilung des Finanzministeriums

Die Bayerische Finanzgewerkschaft hatte am Gewerkschaftstag im November Wilhelm Hüllmantel für seinen langjährigen Einsatz für die Belange der Beschäftigten die Angelo-Kramel-Medaille verliehen. Damit sollte insbesondere seine mehr als 14-jährige Tätigkeit als Leiter der Dienstrechts- und Personalabteilung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen gewürdigt werden. In dieser Zeit war er nicht nur zum „Vater des Neuen Dienstrechts in Bayern" geworden, er hatte in all diesen Jahren auch eine enge, gute und auch erfolgreiche Zusammenarbeit mit der bfg und den Personalvertretungsgremien gepflegt, so dass der bfg-Vorsitzende seine Laudatio in den Satz münden lassen konnte: „Unser bfg-Mitglied Wilhelm Hüllmantel hat sich in besonderer Weise um das Wohl der Beschäftigten verdient gemacht." Mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze ist Wilhelm Hüllmantel zum 1. Dezember 2013 nun in den Ruhestand getreten.

Zu seinem Nachfolger als Leiter der Abteilung II im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wurde Dr. Alexander Voitl bestellt. Für die Bayerische Finanzgewerkschaft verbindet sich mit dieser Entscheidung die Hoffnung auf Fortsetzung der engen Zusammenarbeit, wie sie mit seinem Vorgänger gepflegt worden war. Denn in zuletzt gut 10 Jahren als für das Beamtenrecht zuständiger Referatsleiter war Dr. Voitl stets ein kompetenter und offener Ansprechpartner für die bfg gewesen.

Dr. Voitl (Jahrgang 1964) stammt aus Erlangen. Nach dem Abitur am Gymnasium Fridericianum in Erlangen studierte er als Stipendiat der Stiftung Maximilianeum Rechtswissenschaften in München und Oxford. Den juristischen Vorbereitungsdienst leistete er anschließend im OLG-Bezirk München ab. Nach der 2. juristischen Staatsprüfung und seiner Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München war Dr. Voitl zunächst von 1993 bis November 1998 Referent in der Dienstrechtsabteilung des Finanzministeriums und Persönlicher Referent des Amtschefs. Den anschließenden Außendienst leistete er bei der Bayerischen Landesbank Girozentrale. Nach seiner Rückkehr an das Finanzministerium Anfang 2000 war Dr. Voitl zunächst Referatsleiter in der Abteilung V (Staatliche Beteiligungen). Im Februar 2001 wurde er Beauftragter für Landtags- und Kabinettsangelegenheiten. Von September 2004 an leitete er das für das allgemeine Beamtenrecht und Personalverwaltung zuständige Referat 21 der Dienstrechtsabteilung. In diese Zeit fallen u. a. die federführende Konzeption und Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern und die Zusammenarbeit mit dem BBB im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe zum öffentlichen Dienst.

Dr. Alexander Voitl leitet seit 1. Dezember des vergangenen Jahres die Dienstrechts- und Personalabteilung des Finanzministeriums.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft wünscht Dr. Voitl viel Erfolg bei seiner neuen, für die Beschäftigten der Finanzverwaltung so bedeutenden Aufgabe und bietet eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Vom 5. bis 7. Januar 2014 fand in Köln die 55. Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Reden von Bundesinnenminister Thomas De Maizière, vom nordrhein-westfälischen Finanzminister Norbert Walter-Borjans sowie von dbb-Vorsitzenden Klaus Dauderstädt.
Das Foto zeigt die Teilnehmer der bfg zusammen mit dem dbb-Vorsitzenden und den beiden bayerischen Verwaltungsvertretern, Finanzpräsident Dr. Roland Jüptner und Ministerialdirigent Dr. Alexander Voitl.

© Anselm Baumgart - Fotolia.com

Anmeldeschluss 28. Februar 2014

Bayernturnier

18. und 19. Juli 2014

München

18.07.2014 in München-Unterföhring: Bowling, Kicker, Minigolf, Beachvolleyball

19.07.2014 in Oberschleißheim: Fußball, Golf, Kegeln, Laufen, Luftgewehrschießen, Schach, Stockschießen, Tischtennis, Volleyball und diverse Angebote zum Gesundheitsmanagement

bfsh

Anmeldungen und weitere Informationen bei den Ortsverbänden der Bayerischen Finanzgewerkschaft bfg und auf der Homepage der Bayerischen Finanzsporthilfe bfsh unter www.bfsh.finanzgewerkschaft.de

Ein BP-Stellenleiter im Landtag

MdL Wolfgang Fackler zu Besuch bei der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Ehemalige Betriebsprüfer unter sich: MdL Wolfgang Fackler und Gerhard Wipijewski.

Des einen Leid, des anderen … Chance. So, oder so ähnlich kann man es wohl sehen, was die sogenannte Verwandten-Affäre des Bayerischen Landtags dem Donau-Ries und der dortigen CSU im vergangenen Jahr bescherte. „Betriebsprüfer soll Schmid beerben", titelte die Augsburger Allgemeine damals. Gemeint war zum einen Georg Schmid, ehemals Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, zum anderen Wolfgang Fackler, Leiter der Betriebsprüfungsstelle beim Finanzamt Nürnberg-Nord. Fackler trat in der Folge bei der Landtagswahl am 15. September als Direktkandidat im Stimmkreis 706 Donau-Ries an und erhielt 52,8 % der Stimmen. Angesichts des Skandals um seinen berühmten Vorgänger ein äußerst beachtliches Ergebnis! Seither vertritt das bfg-Mitglied seinen Stimmkreis im Bayerischen Landtag. Aber nicht nur das. Es ist ihm zudem gelungen, als Landtagsneuling einen Sitz in den beiden für den öffentlichen Dienst wichtigsten Ausschüssen zu erhalten: dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen („Haushaltsauschuss") und dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes (oft nur „öD" genannt).

Das allein wäre schon ein beachtlicher Weg für einen, der erst 2003 mit 28 Jahren der CSU beigetreten war, seit 2008 Stadtrat und seit 2009 CSU-Vorsitzender in Donauwörth ist.

Aber Wolfgang Fackler kann eben auch als ein ausgewiesener Steuerfachmann gelten. Denn nach seinem Abitur im Jahr 1994 und dem anschließenden Wehrdienst hat er die Ausbildung im mittleren Dienst beim Finanzamt Nördlingen absolviert und danach 3 Jahre beim Finanzamt Augsburg-Stadt gearbeitet. Teils im gleichen Zeitraum hat Wolfgang Fackler aber auch erfolgreich Rechtswissenschaften studiert. Nach Ende des Referendariats beim Landgericht Augsburg war er 2004 bis 2007 bei PricewaterhouseCoopers tätig und legte in dieser Zeit seine Steuerberaterprüfung ab. Nach einer kurzen Zeit als Rechtsanwalt und Steuerberater in Augsburg kehrte er 2008 als Jurist in die Steuerverwaltung zurück. Zuletzt leitete er die Betriebsprüfungsstelle beim Finanzamt Nürnberg-Nord.

Mitte Januar traf der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski zu einem ersten ausgiebigen Gespräch mit MdL Wolfgang Fackler in der bfg-Geschäftsstelle zusammen. Dabei ging es insbesondere um die Arbeitsbelastung in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung. Für die Finanzämter ist diese quasi offiziell durch die wiederholten Berichte des Bayerischen Obersten Rechnungshof über die Personaldefizite festgestellt. Aber auch in der Staatsfinanzverwaltung haben die Aufgaben in den zurückliegenden Jahren immer weiter zugenommen, zum Teil bei gleichzeitigem Stellenabbau. Der bfg-Vorsitzende bat Fackler als Mitglied des Haushaltsausschuss sich für weitere Verbesserungen einzusetzen und damit den Weg des letzten Doppelhaushalts fortzusetzen. Für die Staatsfinanzverwaltung müssten die Verpflichtungen zum Stellenabbau zurückgefahren werden. Wipijewski zeigte vor diesem Hintergrund Unverständnis für die Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung, die als eine Festschreibung des Status Quo bezogen auf das jeweilige Ressort verstanden werden können. Denn weder lasse die derzeitige Lage in unseren beiden Verwaltungen so etwas zu, noch könnten weitere zusätzliche Belastungen ausgeschlossen werden. Es bestand Einvernehmen darin, dass die Situation in den einzelnen Ressorts und Verwaltungen hier nicht außer Betracht bleiben dürfe.

Einig waren sich die beiden ehemaligen Betriebsprüfer auch darin, dass der Außendienst nicht zulasten des Innendienstes gestärkt werden könne. Beides müsse vielmehr aufeinander abgestimmt bleiben. Nur so sei bei solch knapper Personalausstattung die Funktionsfähigkeit der Finanzämter aufrechtzuhalten. Übereinstimmung bestand auch in der Ablehnung von Versuchen, die Zuständigkeit der Beamtenbesoldung auf den Bund zurück zu verlagern. Der bfg-Vorsitzende wies in diesem Zusammenhang auf die hohen Lebenshaltungskosten in großen Teilen Bayerns hin, insbesondere auf die Miet- und Immobilienpreise, die weit über dem Niveau anderer Bundesländer lägen. Deshalb sei das bayerische Besoldungsniveau mehr als gerechtfertigt. Vor diesem Hintergrund müsse zudem auch über eine Ausweitung und Aufstockung der Ballungsraumzulage nachgedacht werden.

Unsere Autoversicherung

Mit bfg-Extrabonus für Neukunden

25 €-Gutschein

Gegen Vorlage dieses Gutscheins erhalten **bfg-Mitglieder**, die mit ihrer Autoversicherung als Neukunde zur HUK-COBURG wechseln, einmalig **25 €**.

Mit der HUK-COBURG fahren bfg-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge
Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

Top Schadenservice
Wir lassen Ihr Auto abholen, wenn es nicht mehr fahrbereit ist. Ihr Fahrzeug wird in hoher Qualität repariert und innen und außen gereinigt zurückgebracht. Wir geben auf die Arbeit unserer Partnerwerkstätten 5 Jahre Garantie. Die Hersteller-Garantie bleibt erhalten.

Beratung zu allen Optionen
Wer möchte, der kann seine Kasko auch ohne Werkstattbindung abschließen.

dbb-Extrabonus 25 € für Neukunden

bfg-Mitglieder erhalten einmalig 25 €, wenn Sie mit Ihrer Autoversicherung als Neukunde zu uns wechseln.

Holen Sie sich gleich Ihr Angebot ab!

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie an: Telefon 0800 2 153153 – Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

...DER NEWSTICKER..

Wipijewski: „Steuerhinterziehung muss endlich weg vom Image des Kavaliersdelikts!“

Hoeness, Schwarzer, Schmitz & Co: mehrere prominente Steuersünder haben die Selbstanzeige in die öffentliche Diskussion gebracht. bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski war gefragter Gesprächspartner in den Medien.

Hoeness, Schwarzer, Schmitz & Co: mehrere prominente Steuersünder haben die Selbstanzeige in die öffentliche Diskussion gebracht. Auch die Meinung der Bayerischen Finanzgewerkschaft war in der Diskussion von den Medien gefragt. bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski sagte in einem Interview gegenüber dem Magazin Kontraste des Bayerischen Rundfunks, dass er angesichts der großen Personalnot keine Möglichkeit sehe, das Instrument der Selbstanzeige abzuschaffen.

Allerdings spricht sich Wipijewski dafür aus, die Regeln für die Wirksamkeit von Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung zu verschärfen. „Wenn eine Gesellschaft einem Straftäter über das Instrument der Selbstanzeige Straffreiheit gewährt, dann muss der Preis für den Straftäter hoch sein, höher als bisher“, so der Vorsitzender Gerhard Wipijewski in einer Presseerklärung und gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Eine Möglichkeit hierzu sei die Ausweitung des Zeitraums, für den Steuern nachgezahlt und Entgelte entrichtet werden müssen. Gleichzeitig warnte der bfg-Vorsitzende jedoch davor, die Vorschriften weiter zu verkomplizieren.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft sieht das Instrument der Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung als einen wirksamen Weg des Staates an, bei bestimmten Sachverhalten wie unversteuerten Kapitalerträgen doch noch an zuvor hinterzogene Steuern zu kommen. Die Möglichkeit zur strafbefreienden Selbstanzeige könne jedoch die Defizite im Steuervollzug und der Steuerstrafverfolgung nicht kompensieren, die auf einem immensen Personalmangel beruhen. Denn wie der Bayerische Oberste Rechnungshof wiederholt festgestellt hat, entgehen dem Staat Jahr für Jahr Einnahmen in großer Millionenhöhe durch das Fehlen mehrerer tausend Finanzbeamter, nicht zuletzt auch in den Stellen, die für die Aufdeckung von Steuerhinterziehung von zentraler Bedeutung sind, wie Einkommensteuerveranlagung, Außenprüfungen und Steuerfahndung.

Zudem verstärkt die Möglichkeit zur strafbefreienden Selbstanzeige bei den Bürgern vielfach den Eindruck, Steuerhinterziehung sei keine Straftat, sondern ein minder schweres Vergehen, das man wieder heilen kann. Diesem Eindruck muss im Interesse der Mehrheit der ehrlichen Steuerzahler entgegengewirkt werden – aber auch im Interesse der Staatsfinanzen. Deshalb müssen die Folgen einer strafbefreienden Selbstanzeige ausgeweitet werden. Oder wie es der bfg-Vorsitzende sagt: „Der Preis für eine mögliche Straffreiheit muss erhöht werden.“

JAV Schulungen im Jahr 2014

Die erstmals in eine Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählten Mitglieder haben nach dem Personalvertretungsgesetz einen Schulungsanspruch von insgesamt 5 Tagen. Wie in der Vergangenheit wird die bfg Jugend zunächst eine 3-tägige Grundschulung Teil 1 anbieten. Die Schulungen werden im Schloss Spindlhof in Regenstauf stattfinden. Folgende Termine stehen zur Auswahl:

- 05.03.2014 – 07.03.2014
- 16.07.2014 – 18.07.2014
- 03.09.2014 – 05.09.2014

Anmeldungen bitte per Email an: florian.koebler@bfg-mail.de

Personalratsschulungen 2014

Bei den PR-Schulungen für 2014 hat sich eine Änderung ergeben. Anstelle der 2-tägigen Grundschulung Teil II vom 24.03. - 25.03.2014 findet nun eine 3-tägige Grundschulung Teil I vom 24.03. - 26.03.2014.

Die Termine lauten nun wie folgt:

Grundschulungen Teil I
24.03. – 26.03.2014 (Bernried)
27.10. – 29.10.2014 (Bernried)

Grundschulungen Teil II
01.04. – 02.04.2014 (Bernried)
07.04. – 08.04.2014 (Bernried)
20.10. – 21.10.2014 (Bernried)

Anmeldungen sind direkt bei der bfg-Landesgeschäftsstelle möglich.

Staatsminister Dr. Markus Söder verleiht bfg-Bezirksvorsitzender Helene Wildfeuer die Medaille für besondere Verdienste um das Bayerische Finanzwesen

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, MdL hat der Vorsitzenden des bfg-Bezirksverbandes Nordbayern, Helene Wildfeuer, im Dezember im Rahmen einer Feierstunde auf der Kaiserburg Nürnberg die Medaille für besondere Verdienste um das Bayerische Finanzwesen verliehen.

Finanzminister Söder und Bezirksvorsitzende Wildfeuer bei der Verleihung mit Medaille und Urkunde.

Diese Auszeichnung wird einmal jährlich an etwa fünf bis zehn verdiente Bürgerinnen und Bürger verliehen. Staatsminister Söder würdigte damit den jahrzehntelangen Einsatz von Helene Wildfeuer als Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern der Bayerischen Finanzgewerkschaft bfg und des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern in Nürnberg.
„Sie engagieren sich in herausragender Weise unter anderem als Bezirksvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende der bfg, als Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und im dbb Beamtenbund und Tarifunion sowie als Mitglied im Hauptausschuss und im Hauptvorstand des Bayerischen Beamtenbunds. Ihr besonderes Engagement gehört der Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst", so der Staatsminister. Mit der Auszeichnung wolle er aber auch ihr Engagement für die Beschäftigten der Finanzverwaltung würdigen. „Sie setzen sich ebenfalls vehement für die Interessen Nordbayerns ein und die Gespräche mit Ihnen haben dazu geführt, dass ich für Verbesserungen im letzten Haushalt gesorgt habe", sagte der Minister bei der Laudatio während der Feierstunde in Anspielung auf die zusätzlichen Planstellen für die Finanzämter im letzten Doppelhaushalt. Bereits im Jahr 2003 wurde Helene Wildfeuer für ihre zahlreichen Verdienste das Bundesverdienstkreuz am Bande von Bundespräsident Johannes Rau verliehen.Die bfg gratuliert ihrer Bezirksvorsitzenden sehr herzlich zu dieser Auszeichnung.

Eingruppierung der DUNAN-Kräfte und Fahndungshelferinnen und Fahndungshelfer

Das Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung zum TV-L im Jahr 2012 hatte die bfg zum Anlass genommen für DUNAN-Kräfte und Fahndungshelfer/innen eine bessere Eingruppierung zu fordern.

Mit Schreiben vom 14.1.2014 hat das Finanzministerium der bfg jetzt mitgeteilt, dass die Überprüfung bei den Finanzämtern zwischenzeitlich abgeschlossen sei.

Aus dem Bericht des LfSt ergebe sich jedoch weiterer Klärungsbedarf, so dass noch keine Ergebnisse feststünden.

Die Landtagsfraktion der Freien Wähler hatte auch dieses Jahr wieder zum Neujahrsempfang ins Maximilianeum eingeladen. Im Mittelpunkt des Abends stand eine Rede des Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger, in der er den Kontakt zur Bayerischen Finanzgewerkschaft explizit als ein Beispiel für die gesellschaftliche Breite seiner Fraktion anführte. Die Veranstaltung bot aber auch Gelegenheit mit den Abgeordneten der Freien Wähler ins Gespräch zu kommen. Das Bild zeigt den bfg-Vorsitzenden mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, MdL Peter Meyer sowie Hubert Aiwanger.

Wipijewski trifft Staatssekretär Johannes Hintersberger

Zu einem eingehenden Gedankenaustausch trafen Staatssekretär Johannes Hintersberger und bfg-Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski im Finanzministerium zusammen. Der Augsburger Johannes Hintersberger teilt sich in dem um erhebliche Aufgaben erweiterten Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Arbeit auf Staatssekretärsebene mit dem Oberpfälzer Albert Füracker.

„Was sind Ihre dringendsten Anliegen?" – Mit dieser Frage eröffnete der neue Staatssekretär das Gespräch, das dann angesichts der schwierigen Lage der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung mehr als 75 Minuten dauerte. Die extreme Arbeitsbelastung stand zwangsläufig im Mittelpunkt des Gesprächs; eine Arbeitsbelastung, die aus der schlechten Personalausstattung resultiert und in den Finanzämtern durch vielfältige EDV-Probleme noch zusätzlich verschärft wird.

Der bfg-Vorsitzende zeigte dabei auf, wie für die Steuerverwaltung die Personalnot durch die Berichte des Obersten Rechnungshofs praktisch offiziell festgestellt ist. Die bayerischen Finanzämter seien danach bei der Personalausstattung Schlusslicht im Ländervergleich, gleich welchen Vergleichsmaßstab man zu Rate ziehe. Die Folgen seien eine extreme Belastung im Innendienst, riesige zeitliche Abstände zwischen den Prüfungen der Außendienste, und Steuerfahndungsstellen, die sich nur noch auf ganz große Fälle konzentrieren könnten. Wipijewski machte deutlich, wie sich die Staatsregierung durch diesen Zustand angreifbar mache. So treffe der Vorwurf der „Steueroase Bayern" sicherlich nicht zu, doch sei der Ernst der Lage nicht zu leugnen. Der Weg einer stetigen Verbesserung der Situation, wie ihn Finanzminister Dr. Söder mit dem letzten Doppelhaushalt eingeschlagen hat, müsse deshalb weitergegangen werden. Staatssekretär Hintersberger teilte diese Ansicht, wenngleich er auf die Schwierigkeit verwies im Rahmen des Nachtragshaushalts etwas zu erreichen. Wipijewski erneuerte hierzu die Forderung der bfg, die wegfallenden Stellen aus der KFZ-Steuer-Bearbeitung für andere Aufgaben der Finanzämter zu erhalten und Stellen für die von Minister Söder im vergangenen Jahr eingeleiteten Verbesserungen bei der Steuerfahndung und der Prüfung der Auslandsbeziehungen von Unternehmen zu schaffen. Aber auch die mit der Ressorterweiterung einhergehenden zusätzlichen Aufgaben könnten nicht ohne Personal bewältigt werden.

Für die Bereiche der Staatsfinanzverwaltung machte Wipijewski deutlich, dass seit den Beschlüssen zur Verwaltungsreform die Aufgaben erheblich zugenommen haben. Dennoch gelten die Verpflichtungen zum Personalabbau unverändert fort. Trotz fortschreitender Technisierung der Bearbeitungsabläufe sei ein weiterer Personalabbau von rund 10 % in den nächsten Jahren einfach nicht zu machen. Staatssekretär Hintersberger sprach sich für eine Aufgabenkritik der Politik für den öffentlichen Dienst aus und damit für ein stärkeres Bewusstsein dafür, was staatliche Leistungen an Personal und Haushaltsmittel erfordern. Der bfg-Vorsitzende verwies hier darauf, dass die Steuergesetzgebung im Wesentlichen beim Bund liege und deshalb der Einfluss Bayerns begrenzt sei. Daneben gelte es festzustellen, dass über Jahrzehnte noch kein Versuch einer Steuervereinfachung auch zu einer Verringerung der Arbeit in den Finanzämtern geführt habe.

Aber auch immer wiederkehrende Probleme mit der EDV erschwerten die Arbeit der Beschäftigten in den Finanzämtern. Ausgehend von der Problemschilderung beim Gewerkschaftstag hat das Finanzministerium hier eine eingehende Situationsanalyse eingeleitet. Mitte Februar werde es hierzu einen Runden Tisch mit vielen Beteiligten geben, so der Staatssekretär. Auch die Personalvertretung werde hierzu eingeladen.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt müsse die Finanzverwaltung als Arbeitgeber noch interessanter werden, so die übereinstimmende Ansicht. Der Staatsekretär bezeichnete das „Paket, das wir zu bieten haben", zwar als gut, aber wir müssten noch besser werden.

Zum Abschluss waren sich die Gesprächspartner darin einig, dass der künftige Hochschulstandort in Kronach für viele nordbayerische Studierende von Vorteil sei. Es müsse aber auch alles dafür getan werde, damit bei Lehre und Unterbringung die gleich hohe Qualität wie an den Standorten Herrsching und Kaufbeuren sichergestellt werden kann.

Gespräche mit den Präsidenten Jüptner und Herzog

Die Arbeits- und Personalsituation stand im Mittelpunkt der Gespräche des bfg-Vorsitzenden mit den Präsidenten von LfSt und LfF

Gerhard Wipijewski mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Steuern, Dr. Roland Jüptner ...

... und dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Finanzen, Klaus Herzog.

Zu ersten Gesprächen traf sich der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski mit dem Präsidenten des Landesamts für Steuern, Dr. Roland Jüptner, und dem Präsidenten des Landesamts für Finanzen, Klaus Herzog. Im Mittelpunkt beider Gespräche standen die Arbeits- und Personalsituation in der jeweiligen Verwaltung, die Situation in der EDV sowie der Ausblick auf die personellen und organisatorischen Entwicklungen der nächsten Jahre.

Das Gespräch mit Präsident Herzog war geprägt von der Frage, wie angesichts ständig zunehmender Aufgaben für die Beschäftigten beim Landesamt für Finanzen in den Jahren bis 2019 noch rund ein Zehntel der Stellen abgebaut werden könnte. Die bfg hält dies angesichts der schon heute inakzeptablen Belastung der Beschäftigten nicht für möglich. Der bfg-Vorsitzende versprach daher im Interesse der Beschäftigten immer wieder öffentlich auf diesen Missstand hinzuweisen. Denn am LfF konzentrieren sich seit der Verwaltungsreform die meisten Dienstleitungen für die Beschäftigten des Freistaats Bayern und seiner Verwaltungen. Neben klassischen Aufgaben wie der Bezahlung (insgesamt rund 500.000 Zahlfälle), der Beihilfe (rund 1,4 Mio Bescheide/Jahr), der Reisekostenfestsetzung, Wohnungsvergabe, Kassenaufgaben nehmen auch ressortübergreifende IT-Dienstleistungen einen immer größeren Raum ein. Zum Teil sind diese Aufgaben in den letzten Jahren um 20 % gewachsen, ohne dass das Personal dafür zur Verfügung gestellt worden wäre.

Ähnlich die Situation in der Steuerverwaltung. Trotz ständig gewachsener Aufgaben wurde das Personal über lange Jahre abgebaut. Erst in den letzten Jahren hat im Finanzministerium ein vorsichtiges Umdenken eingesetzt. Allerdings dauerte es bis zum 1.1.2013, bis der Personalstand nach massiven Rückgängen erstmals ein klein wenig über dem des Vorjahres gelegen hat. Der Bayerische Oberste Rechnungshof als unabhängige Instanz hat wiederholt weitere Verbesserungen angemahnt und die bisherigen Maßnahmen als nicht ausreichend bezeichnet. Der bfg-Vorsitzende bat Finanzpräsident Dr. Jüptner deshalb die Aufgabenmehrungen der letzten Jahre gegenüber dem Ministerium und der Politik deutlich zu machen. Denn es sei völlig unverhältnismäßig, wenn entfallende Aufgaben wie die Bearbeitung der KFZ-Steuer umgehend zu Stellenkürzungen führten, während Aufgabenmehrungen in großer Zahl ohne Folge im Stellenplan blieben.

Ein weiterer Gesprächspunkt mit beiden Präsidenten waren die Entwicklungen in der EDV. Wo im Landesamt für Finanzen in Projekte wie der Papierlosen Beihilfebearbeitung PSB große Hoffnungen gesetzt werden, herrscht in der Steuerverwaltung angesichts großer Ausfallzeiten und vielfältiger Probleme bei der Arbeit mit IT-Programmen vielfach Ernüchterung. Dr. Jüptner machte deutlich, dass die größten Schwierigkeiten dabei nicht von der eigenen IT oder dem Rechenzentrum Nord zu vertreten seien. Der bfg-Vorsitzende versicherte, bei der Diskussion um die EDV in den Finanzämtern gehe es nicht um Schuld, sondern um mögliche Verbesserungen – ganz einfach, weil es so nicht mehr weitergehen könne.

Einig waren sich Wipijewski und Dr. Jüptner in dem Ziel das Rechenzentrum Nord im Zuge der Neuverteilung von Zuständigkeiten zwischen den Rechenzentren zu stärken.

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Rosenheim

Aktuelles aus der Gewerkschaftsarbeit und noch mehr ...

Wolfgang Schlosser, Birgit Fuchs, Gerhard Heisig, Franz Mussner, Manfred Lihl, Erich Reinhart, Peter Staudenhöchtl, Michael Alt, Matthias Bauregger, Wilhelm Müller

Mit dieser doch vielversprechenden Aussicht auf eine abwechslungsreiche Veranstaltung lud der Ortsverband beim Finanzamt Rosenheim seine Mitglieder zur Ortsverbandsversammlung 2013 ein, der auch zahlreich gefolgt wurde.

Aus den Ortsverbänden

Die Ortsvorsitzende, Birgit Fuchs beschrieb eingangs in ihrem Tätigkeitsbericht den Ortsverband als sehr positiv, der sich seit Jahren steigender Mitgliederzahlen erfreut und deshalb eine sehr stabile Kassenlage und einiges an Aktivitäten vorzuweisen habe. Besonders stellte sie hinsichtlich der Aktivitäten die aktive Mittagspause vom 21.02.2013 auf den Hauptverkehrsstraßen von Rosenheim heraus, die zusammen mit ver.di durchgeführt wurde und an der weit über 100 Beschäftigte des Finanzamts teilgenommen haben. Sie dankte in dem Zusammenhang auch ihren beiden Stellvertretern im Ortsverband, da viele Aktionen nur mit deren Unterstützung möglich gewesen seien. Am Schluss ihrer Ausführungen hob Birgit Fuchs noch die jahrzehntelangen Verdienste des ehemaligen Ortsvorsitzenden und Bezirksvorstandsmitgliedes Wilhelm Müller hervor, der sich zwischenzeitlich in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet hat und überreichte ihm im Zuge dessen ein kleines Dankeschön für seinen bemerkenswerten Einsatz.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurden Sandra Schurzmann und Peter Ritzinger als Stellvertreter und Birgit Fuchs als Vorsitzende im Amt bestätigt.

Für den Vortrag zu den aktuellen Themen konnte Matthias Bauregger, Vorsitzender des Bezirksverbandes Südbayern gewonnen werden. Er ließ in seinem Bericht die Ergebnisse der Tarifrunde und die erreichten Stellenhebungen und -mehrungen Revue passieren und gab einen Ausblick hinsichtlich der Themen Strategische Neuausrichtung der BP, Abgabe Kfz-Steuer-Stellen und der geplanten Veränderungen in der AVSt. Trotz des Schritts in die richtige Richtung durch den Finanzminister sieht Matthias Bauregger weiterhin als Kernaufgabe der Gewerkschaft die Forderung nach Verbesserung der Stellen- und Beförderungssituation, auch seien die häufigen Ausfallzeiten der EDV nicht hinnehmbar.

Anschließend kam der letzte, aber wichtigste Punkt der Versammlung: die Mitgliederehrungen. Die Vorsitzende durfte zusammen mit dem Bezirksvorsitzenden folgende Ehrungen vornehmen. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Dietmar Backe, Karin Rauschert, Peter Staudenhöchtl, Christine Winter und Barbara Wünsch geehrt. Für 40 Jahre wurden Angela Hilgert, Manfred Lihl, Franz Meussner und Wolfgang Schosser geehrt. Seit 50 Jahren Mitglied sind Franz-Xaver Berger, Gerhard Heisig, Michael Obermair, Ingo RIchter, Firedrich Schneider, Alois Utz und Gerhard Vordermaier.

Die Ortsvorsitzende bedankte sich bei den Geehrten für die jahrzehntelange Treue, verwies auf die Wichtigkeit der Solidarität für gute Gewerkschaftsarbeit und löste am Schluss das Rätsel um das Motto:
„-und noch mehr…..“: das Buffet wurde nach getaner Arbeit eröffnet!!!

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Weiden

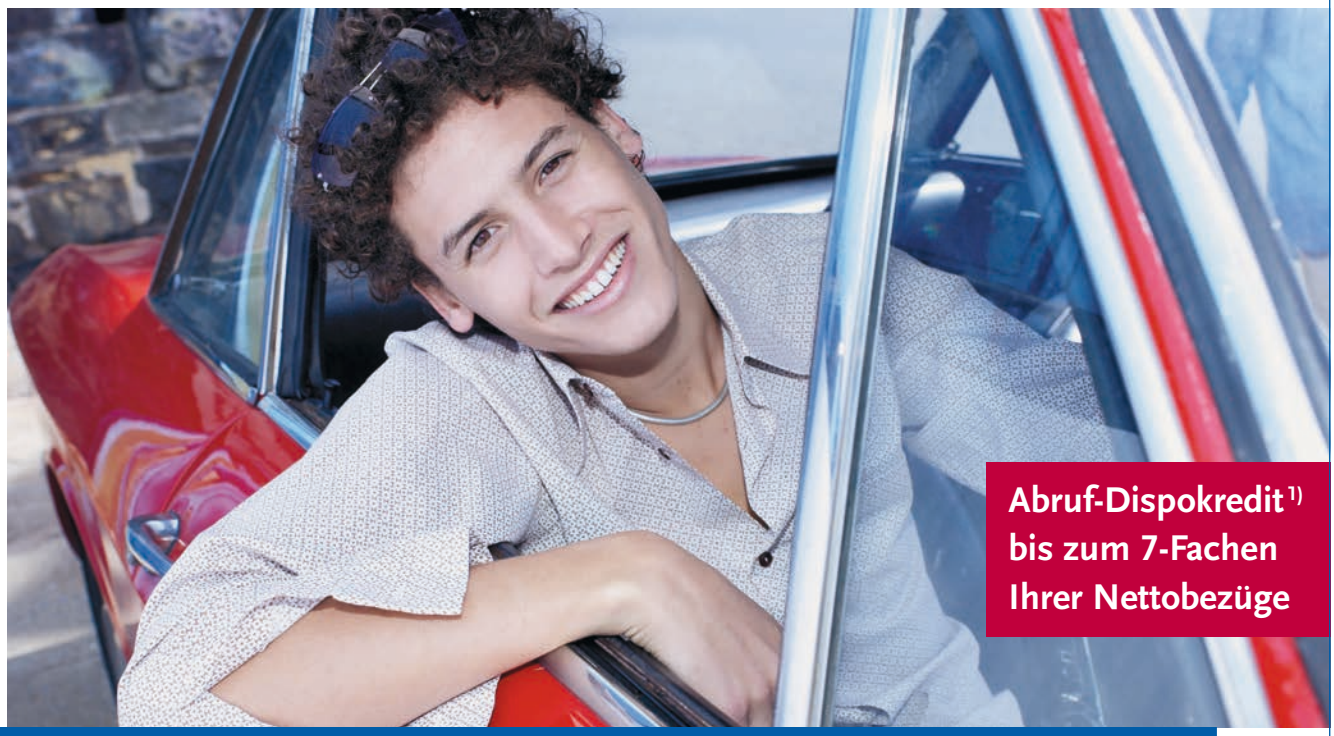
Traditioneller Preisschafkopf mit 1 Kartlerin und 35 Kartlern

Stv. Ortsvorsitzende Ilona Bantelmann und Ortsvorsitzender Konrad Adam mit den Gewinnern des Preisschafkopfs: Richard Lauber (Platz 36), Georg Mutzbauer (Platz 1), Engelbert Kreuzer (Platz 4), Klaus Ulrich (Platz 2) und Rudi Völklein (Platz 3)

Auch diese Jahr konnte Ortsvorsitzender Konrad Adam wieder 1 Kartlerin und 35 Kartler zum Spiel um Punkte und

Fortsetzung nächste Seite 22

[1] Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
[2] Voraussetzung: Mitgliedschaft in einer dbb-Fachgewerkschaft; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto über das dbb vorsorgewerk für die Dauer der Ausbildung (max. 3 Jahre)
[3] Konditionen freibleibend, **effektiver Jahreszins 7,18 %**



0,– Euro[1] Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto[1] mit jährlich 30,– Euro Bonus[2]

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard
  und viele weitere attraktive Extras!

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

+ 6,99 %[3] p. a. Abruf-Dispokredit[1]

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:	Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
	Laufzeit	12 Monate
	Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
	Effektiver Jahreszins	**7,18 %**

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

BÖRSE ONLINE
Beste überregionale Filialbank des Jahres 2012
BBBank
Ausgabe 26/2012
n-tv

+ 0,– Euro Depot[1]

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Vor Ort in unseren Filialen in Aschaffenburg, Augsburg, Erlangen, München und Nürnberg, bei unserer Direktbank unter direktbank@bbbank.de oder unter 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Preise begrüßen. Vor Beginn stärkten sich alle mit einer deftigen Brotzeit aus Leberkäs mit Kartoffelsalat und Brezen. Für die gute Bewirtung hatten Ilona Bantelmann, Rita Salomon und Andrea Diermeier gesorgt, die Teilnehmer bedankten sich dafür mit einem kräftigen Applaus. Neben vielen Sachpreisen standen auch wieder drei Fahrten zum Landtag nach München, die von den Abgeordneten Petra Dettenhöfer (CSU), Annette Karl (SPD) und Tanja Schweiger (FW) gespendet wurden, als Preise zur Auswahl. Adam dankte daher zu Beginn des Preisschafkopfs allen Preisspender und Preissammlern, die die Veranstaltung erst möglich gemacht haben.

In guter Stimmung und ohne Unterbrechung wurden nun zügig zweimal 30 Spiele absolviert. Am Ende belegte mit 114 Punkte Georg Mutzbauer den ersten Platz und nahm 50 Euro Geldpreis mit Nachhause. Platz 2 erreichte Klaus Ulrich mit 107 Punkten (Gutschein für Zoigl-Besuch beim Loistl), dicht gefolgt von Rudi Völklein mit 106 Punkte (Sachpreis) . Engelbert Kreuzer als Vierter mit 94 Punkte entschied sich für eine Landtagsfahrt. Nach dem Bibelspruch „Die Ersten werden die Letzten sein" musste sich dieses Jahr Vorjahreszweiter Richard Lauber mit dem letzten Platz zufrieden geben. Als Trostpflaster dafür erhielt er einen von der Brauerei Würth gestifteten Kasten Zoigl. Nach der Preisverleihung wünschte Adam allen Teilnehmern einen gute Heimweg und lud für nächstes Jahr wieder ein.

WIR GRATULIEREN

Runde Geburtstage im Januar und Februar 2014

90. Geburtstag

Franz Miksch, FA Hof; Johannes Thoma, FA Landshut; Wilhelm Will, FA Kitzingen

85. Geburtstag

Friedrich Brandes; Hermann Herkert, FA Amorbach

80. Geburtstag

Ernst Hofmann, FA München Abt IV; Ernst Linck, FA Gunzenhausen; Klaus Geiger; Rudolf Stelzer, FA Passau

75. Geburtstag

Alois Blösl, FA Traunstein; Heinrich Drutzel, FA Aschaffenburg; Tilo Haydu, FA Mindelheim; Anton Imminger, FA Memmingen; Georg Neuhauser, FA Pfaffenhofen; Kurt Schiml, BFH Herrsching; Hugo Schubert, FA Augsburg-Land; Josef Wohlfart, FA Zeil a. Main; Eduard Doletschek, FA Bad Kissingen; Klaus Hampel, FA Amberg; Hans Haupeltshofer, FA Augsburg-Land; Rosemarie Hekele, FA München Abt. Körp./Bewert.; Horst Meixner, FA Würzburg; Jürgen Neumann, FA Kronach; Rudolf Pedall, FA Hof; Georg Schachner, FA Passau; Zeisberger Manfred, FA Augsburg-Land

70. Geburtstag

Reinhard Dobrzanski, FA Traunstein; Peter Gürtner, FA München Abt Erhebung; Erich Karl, FA Zeil a. Main; Bernhard Kasper, FA Coburg; Christa Kiesewetter, FA Lichtenfels; Günter Köhler, FA Landshut; Max Kraus, FA Regensburg; Werner Kugler, FA Straubing; Sebastian Loibl, FA Landshut; Erwin Rascher, ZFA Nürnberg; Reinhold Redweik, FA Regensburg; Gregor Schmitt, FA Forchheim; Siegfried Schneider, FA München Abt Körp./Bewert.; Volker Sperlich, FA Augsburg-Land; Alfred Wolf, FA Schongau; Roland Blessing, FA München Abt. Körperschaften; Doris Bodi, FA Regensburg; Günter Ertl, FA Zeil a. Main; Karin Hermann, FA Regensburg; Elfriede Kaa, FA Amberg; Jürgen Kraus, FA Aschaffenburg; Alfred Lang, FA Waldsassen; Heinz Lutzenberger, FA Augsburg-Land; Horst Matthes, FA Berchtesgaden; Roland Pöllath, FA Bad Neustadt; Dietmar Pohl, FA Regensburg; Reinhold Reiser, FA München Abt. BP; Herlinde Rotter, FA Erlangen; Kurt Schmid, FA Neu-Ulm; Gudrun Schricker, FA Regensburg; Klaus Spehnkuch, FA Würzburg; Reinhard Well, FA Vilshofen;

65. Geburtstag

Günter Batz, FA Regensburg; Werner Batz, FA Landshut; Herbert Beuslein, FA Lohr; Ludwig Dietrich, FA Weilheim; August Engler, FA Augsburg-Land; Anton Fiala, IMBY Zentrale; Juliana Frey, LfF – DSt München; Walter Geiß, FA Nördlingen; Helga Graf, FA Regensburg; Walburga Haug, FA Lohr; Margot Heiß, ZFA Nürnberg; Dieter Hirt, LfSt – DSt Nürnberg; Maximilian Hobelsberger, Staatl. Lotterieverwaltung; Dietmar Kempf, FA Lichtenfels; Annelies Lange, FA Fürth; Barbara Lathwesen; FA Burghausen; Maria Anna Löffler, FA Schweinfurt; Alexander Markovic, FA Freising; Anna Mauersich, FA Passau; Karl Obermillacher, FA Passau; Elisabeth Ordnung, FA Würzburg; Helga Pangerl, FA Hof; Erhard Pietschmann, FA Karlstadt; Inge Rehner, FA Lindau; Manfred Schlett, FA Fürth; Jürgen Schubert, FA Nürnberg-Nord; Harry Vogel, FA Kaufbeuren; Marion Volz, FA Schwabach; Berthold Bach, LfSt-RZ Nord; Heinz-Dieter Beier, ZFA Nürnberg; Anna Elisabeth Bumberger, FA Landshut; Franz Friedl, FA München Abt. Erhebung; Hannelore Gradulewski, FA Bayreuth; Siegfried Keller, FA Deggendorf; Ewald Knauer, FA Erlangen; Josef Kreisl, FA Weiden; Heinz Liewald, FA Weiden; Baptist Lunz, FA Schwandorf; Georg Obermeier, FA Neu-Ulm; Reinhold Pötzl, FA Würzburg; Marialuise Rackl, FA München Abt Körp./Bewert.; Ursula Ripberger, FA Amorbach; Gertrud Rump, FA Erding; Manfred Schön, FA Waldsassen; Leopold Seibold, FA Weiden; Gerhard Volpert, FA Schweinfurt; Werner Waßmuth, FA Memmingen; Gerhard Weber, FA Dingolfing; Elmar Will; Herbert Winter, FA München Abt. BP

Ortsverband beim Finanzamt Augsburg-Stadt

Rückblick auf das Jahr 2013

So klein ist die Welt! Auf dem Gäubodenfest in Straubing traf Augsburg-Stadt OV-Vorsitzender Claus Braun auf fesche Münchner Kolleginnen.

Beste Stimmung herrschte bei diesen Mitgliedern der Augsburger Reisegruppe, die den Weihnachtsmarkt in Abensberg besuchte.

Als sehr rühriger Ortsverband präsentierte sich der Ortsverband beim Finanzamt Augsburg-Stadt im vergangenen Jahr. Ortsvorsitzender Claus Braun und sein Team waren nicht nur stark bei der Demonstration im März in Nürnberg vor Ort oder beim Gewerkschaftstag im November in Schweinfurt, sondern organisierten verantwortlich auch das Bayernturnier in Augsburg mit besten Rückmeldungen. Eine große Stärke zeigten die „Augsburger-Macher" aber auch bei Ausflugsfahrten, die auf großes Interesse stießen. Aufgrund der großen Nachfrage mussten die Bustouren – die in zwei Stunden durch Augsburg führten – mit dem bekannten Kabarettisten Silvano Tuiach gleich an zwei Terminen im April und September durchgeführt werden. Jeweils 50 Personen ließen sich mit viel Witz von Silvano Tuiach, der unter dem Namen Walter Ranzmayr die „besondere Bustour" durch Augsburg anbietet, unterhalten und rundeten den Tag noch mit einer gemütlichen Brotzeit-Einkehr in einem Augsburger Gasthaus ab. Am zweiten Termin im September nahmen auch Kolleginnen und Kollegen von den Ortsverbänden beim Finanzamt Augsburg-Stadt und dem Landesamt für Finanzen in Augsburg teil. Nach dem hervorragenden Erfolg einer Ausflugsfahrt im Jahr 2012 (Ziel Abensberg mit Besuch des Gillamoos-Festes) wurde auch 2013 eine Fahrt angeboten. Dieses Mal wurde von den Augsburgern Straubing angesteuert. Eine informative Stadtführung, ein Besuch des Wallfahrtsortes Bogenberg mit wunderbarem Blick über das Gäubodengebiet und als Höhepunkt ein Abstecher auf dem 201. Gäubodenfest rundeten einen tollen sonnigen Tag wunderbar ab. Auf Anregung von Silvia Weh, der OV-Vorsitzenden beim Landesamt für Finanzen in Augsburg, wurde dann noch eine Fahrt ins vorweihnachtliche Abensberg ausgeschrieben. Die anfänglichen Zweifel, ob dieses Angebot nach zwei Fahrten in den vergangenen Jahren nochmals angenommen wird, verflogen bald. 101 Mitfahrer – aufgeteilt in zwei Bussen - entschieden sich für einen Besuch des attraktiven Abensberg mit Besichtigung von „Kuchlbauer`s Bierwelt" mit dem bekannten und imposanten „Hundertwasser-Turm", dem angegliedertem Weihnachtsmarkt mit über 80 Fieranten und dem Niklasmarkt im Schlosspark. Der Abschied am Abend fiel den meisten Mitfahrern schwer, doch die Attraktivität von Abensberg lässt vermuten, dass dies nicht der letzte Besuch der Augsburger dort war.

Ortsverband bei der Steuerabteilung des LfSt Nürnberg

665 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer stellte die Personalsituation in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen bei der Ortsverbandsversammlung der Steuerabteilung des Landesamts für Steuern in Nürnberg. Sie analysierte die Lage in den verschiedenen Regionen und Qualifkationsebenen und stellte abschließend die Forderung auf, dass Landtag und Staatsregierung endlich genügend Einstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, damit in ganz Bayern ausreichend Personal in allen QEs vorhanden sei und die derzeitige Mangelverwaltung beendet werden könne.

Nicht zu kurz kommt bei einer Ortsverbandsversammlung stets die Ehrung langjähriger Mitglieder. Dieses Jahr konnten insgesamt 15 Mitglieder für zusammen 665 Jahre bfg-Mitgliedschaft geehrt werden. So konnten Christine Aures, Katja Kauerauf und Peter Gerngroß mit der silbernen Ehrennadel (25 Jahre), Klaus Adam, Hermann Dasch, Gerhard Giestl, Alfred Löw und Ernst Schwamberger mit der goldenen Ehrennadel (40 Jahre) und Willi Eigner, Siegfried

Die Bezirksvorsitzende mit den geehrten Mitgliedern

Henning und Reinhard Janouschek mit der diamantenen Ehrennadel (50 Jahre) ausgezeichnet werden. Besonders freuten sich Helene Wildfeuer und Martin Tusch, über vier Ehrungen für 60 Jahre Mitgliedschaft in der bfg, für die Alfons Birnthaler, Rudolf Reim, Wilhelm Singer und Alfred Zelnhefer mit einer Ehrenurkunde sowie dazugehöriger Ehrennadel ausgezeichnet wurden.

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Hof

Vorweihnachtliche Ortsverbandsversammlung der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Ortsvorsitzender Ernst Hoyer, Dietmar Linden, Martin Lucas, Lothar Klug, Helmut Dengler, Horst Geyer, Gerd Dähne, Hans Königsberger, Ulrich Heinol, Jochen Mocker und Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer.

Zum vorweihnachtlichen Treffen der Bayerischen Finanzgewerkschaft konnte der Hofer Ortsvorsitzende Ernst Hoyer im voll besetzten Kantinenraum des Finanzamts Hof die Bezirksvorsitzende Nordbayern der bfg, und zugleich Vorsitzende der Frauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes, Helene Wildfeuer, recht herzlich begrüßen. Außerdem galt sein Willkommensgruß dem Vorsitzenden des Kreisausschusses Hof des Bayerischen Beamtenbundes Karl-Heinz Marko und dem Ehrenvorsitzenden Franz Miksch.

Hoyer ging in seinem Bericht auf die verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten des Ortsverbandes ein. Das traditionelle Grenzlandkegelturnier wurde von den Hofer Finanzern ausgerichtet. Auf den Bahnen des PTSV Hof trugen die Kegler aus Weiden den Sieg davon. Zweiter wurde die gastgebende Mannschaft vor dem Team aus Waldsassen. Die Einzelwertung gewann wieder Andreas Haberkorn vom Finanzamt Weiden mit 420 Holz. Zum Bayernturnier in Augsburg fuhren wegen einiger verletzungsbedingter Ausfälle nur wenige Hofer Sportler. Jedoch konnte der Amtsleiter Matthias Hollmann zusammen mit Markus Schön das Kickerturnier und damit den Titel eines Bayerischen Meisters gewinnen. Außerdem war der Ortsverband Hof mit 7 Mitgliedern beim Gewerkschaftstag in Schweinfurt vertreten. Die Mitgliederentwicklung beim Hofer Ortsverband ist positiv und besonders bei den jungen Kolleginnen und Kollegen konnte das Interesse an der gewerkschaftlichen Arbeit geweckt werden.

Anschließend ehrte der Ortsvorsitzende Ernst Hoyer zusammen mit der Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer langjährige Mitglieder. 25 Jahre gehören Peter Berger, Thomas Brucker, Oliver Fröhlich, Dietmar Linden und Ulrich Saalfrank der bfg an. Gerd Dähne gehört dem Verband bereits seit 40 Jahren an.

Auf 50 Jahre Mitgliedschaft können Lothar Klug, Martin Lucas, Jochen Mocker und Heinz Wiemann zurückblicken. Für 60 Jahre Mitgliedschaft wurden Helmut Dengler, Horst Geyer, Ulrich Heinol und Hans Königsberger geehrt. Allen wurde die entsprechende Ehrennadel sowie die Dankurkunde überreicht.

Bei einer notwendig gewordenen Nachwahl wurde der Kollege Frank Purucker einstimmig als Beisitzer in den Ortsvorstand gewählt.

In ihrem folgenden Referat ging die Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer auf aktuelle Themen der Gewerkschaftspolitik und den Gewerkschaftstag in Schweinfurt ein. Sie dankte dem Ortsvorsitzenden Ernst Hoyer für seine langjährige Tätigkeit im Bezirks- und Landesvorstand der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Er wurde 1984 erstmals in diese Gremien gewählt und gehört ihnen ununterbrochen bis 2013 an. Auf dem Gewerkschaftstag in Schweinfurt hat er dafür nicht mehr kandidiert. Dem Landesvorstand steht er aber weiter als Rechnungsprüfer zur Verfügung.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist nach wie vor, laut Wildfeuer, die Personalausstattung das wichtigste Thema. Zwar können für 2014 mehr Auszubildende eingestellt werden, jedoch wird damit nur der natürliche Abgang ersetzt. Notwendige Personalmehrungen, wie sie auch der Oberste Bayerische Rechnungshof fordert, sind damit nicht verbunden. Nach wie vor fehlen in der Finanzverwaltung ca. 2000 Bearbeiterinnen und Bearbeiter. Die letzte Tarifrunde und die einheitliche Urlaubsregelung wurden zeitgleich auf die Beamten übertragen. Diese Zusage hat Finanzminister Söder eingehalten. Weiter erhielten die Teilnehmer wichtige Informationen zu den Stellenplänen, zur Wiederbesetzungssperre, zu den Leistungselementen und zur Einrichtung eines „Steuer-FBI", das in München und in Nürnberg angesiedelt werden soll.